

Christoph Mick

Nationalisierung in einer multiethnischen Stadt¹

Interethnische Konflikte in Lemberg 1890–1920

1. EINLEITUNG

Lemberg und Galizien sind in Mode. Während der Galizien-Mythos die Literaturwissenschaftler schon vor Jahrzehnten gepackt hat, sind in den letzten Jahren in Deutschland und Österreich auch eine Reihe historischer Arbeiten erschienen, deren Themenspektrum von der Schulpolitik im 19. Jahrhundert bis zur Ermordung der galizischen Juden im Zweiten Weltkrieg reicht.² Zuvor waren Stadt und Region jahrzehntelang nicht nur politisch, sondern auch wissenschaftlich an die Peripherie gerückt.

In der Volksrepublik Polen war es schwierig, sich mit einer Stadt und einer Region zu beschäftigen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur Sowjetunion gehörte. Der ukrainisch-polnische Krieg um Lemberg 1918/19 und die Zwangsumsiedlung der Polen 1945 waren Themen, die man besser nicht öffentlich behandelte. Zwar erschienen auch im kommunistischen Polen viele Studien zu Galizien, doch der historischen Forschung waren bei Schlüsselfragen des ukrainisch-polnischen Verhältnisses die Hände gebunden.³ Dies änderte sich 1989. Die »verlorenen polnischen Ostgebiete«, die Kresy, und der polnisch-ukrainische Krieg 1918/19 gehören seitdem zu den bevorzugten Arbeitsgebieten polnischer Historiker.⁴ In polnischen Städten formierten sich Vereine ehemaliger Lemberger,

1 Das Material für diesen Aufsatz wurde zum großen Teil während eines einjährigen Forschungsaufenthaltes als Feodor-Lynen-Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung an der Universität Warschau gesammelt.

2 Kerstin S. Jobst, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich*, Hamburg 1996; Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944: Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1996; Isabel Röskau-Rydel, *Kultur an der Peripherie des Habsburger Reiches: Die Geschichte des Bildungswesens und der kulturellen Einrichtungen in Lemberg von 1772 bis 1848*, Wiesbaden 1993; Peter Fäßler/Thomas Held/Dirk Sawitzki (Hrsg.), *Lemberg – Lwów – Lwiv: eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen*, Freiburg 1993; Christoph Frhr. Marschall von Bieberstein, *Freiheit in der Unfreiheit: Die nationale Autonomie der Polen in Galizien nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867. Ein konservativer Aufbruch im mitteleuropäischen Vergleich*, Wiesbaden 1991. Eine Arbeit über die ruthenischen Moskalophilen vor dem Ersten Weltkrieg von Anna Veronika Wendland befindet sich gerade im Druck.

3 Dennoch sind vor allem in den siebziger und achtziger Jahren eine Reihe materialreicher und informativer Arbeiten über die Zeit der Autonomie und zum ukrainisch-polnischen Verhältnis in der Zwischenkriegszeit erschienen. Z.B.: Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923–1929*, Kraków 1989; Jan Gruchala, *Rząd austriacki i polskie stronnictwa polityczne w Galicji wobec kwestii ukraińskiej (1890–1914)*, Katowice 1988; Mirosława Papierzyńska-Turek, *Sprawa ukraińska w Drugiej Rzeczypospolitej 1922–1926*, Kraków 1979; Henryk Wereszycki, *Pod berłem Habsburgów. Zagadnienia narodowościowe*, Kraków 1975. Die polnischen Arbeiten zu Galizien sind Legion. Vgl. dazu Marschall von Bieberstein, S. 6 ff.

4 So z.B. in der populären Reihe »A to Polska właśnie« von Jacek Kolubaszewski, *Kresy*, Wrocław 1997; Ludwik Mrocza, *Spór o Galicję Wschodnią 1914–1923*, Kraków 1998; Grzegorz Łukomski/Czesław Partacz/Bogusław Polak, *Wojna Polsko-Ukraińska 1918–1919*, Koszalin etc. 1994;

die eine rege Publikationstätigkeit entwickelten.⁵ Aufsatzwettbewerbe wurden veranstaltet und frühere Bewohner der Kresy aufgefordert, ihre Erinnerungen aufzuschreiben.⁶

In der Sowjetukraine standen bis 1991 vor allem die Entwicklung der – eher kleinen – Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung im Blickpunkt der Forschung. Hinzu kamen wichtige Studien über die mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte Lembergs.⁷ Dagegen wurde der Zeitabschnitt von der Autonomie 1868 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs gemieden. Auch hier kam die Wende mit der Perestrojka und vor allem mit der Unabhängigkeit der Ukraine. Die wissenschaftlichen Ressourcen der Lemberger Filiale der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften und der Ivano-Franko-Universität werden seitdem massiv zur Aufarbeitung der Geschichte Ostgaliziens eingesetzt. Im Zentrum ihres Interesses stehen die ukrainische Nationalbewegung vor 1914 und die Gründung und das Scheitern der Westukrainischen Volksrepublik.⁸ Außerdem wurden Arbeiten ukrainischer Historiker und Politiker, die in der amerikanischen Emigration erschienen waren, nun auch in der Ukraine herausgegeben.⁹

In Israel ist das Interesse an der jüdischen Geschichte in Galizien traditionell groß. Israelische Historiker konzentrieren sich auf die Entwicklung der jüdischen Parteien, den Antisemitismus und schließlich den Holocaust.¹⁰ In drei Ländern wird so an die reiche geschichtswissenschaftliche Tradition der Zwischenkriegszeit und die Zeit der Autonomie angeknüpft, als Lemberg sowohl eines der wichtigsten Zentren als auch Objekte der polnischen, jüdischen und westukrainischen historischen Forschung war. Die Bücher der polnischen, jüdischen und ukrainischen Historiker und Politiker Wilhelm Feldman, Majer Bałaban, Stanisław Hoszowski und Kost' Levyč'kyj sind für das Studium der Geschichte Galiziens nach wie vor unverzichtbar.¹¹

Trotz intensiver Kooperation weisen viele ukrainische und polnische Arbeiten eine einseitige Perspektive auf. Der Grund dafür liegt darin, dass erst seit zehn Jahren über die

Maciej Kozłowski, *Między Sanem a Zbruczem*, Kraków 1990 (Die zweite Auflage erschien unter dem Titel *Zapomniana wojna*, Bydgoszcz 1999).

- 5 Z.B. in Krakau die Zeitschrift »Cracovia – Leopoldis« und in Breslau die Zeitschrift »Semper Fidelis«.
- 6 Solche Wettbewerbe haben zum Beispiel die Warschauer Zeitschrift »Karta« und die Polnische Akademie der Wissenschaften veranstaltet.
- 7 Unter den sowjetischen Arbeiten befinden sich einige nützliche Quelleneditionen. Z.B.: *Istorija L'vova v dokumentach i materialach*, Kyïv 1986.
- 8 *Vasyl' Veryha*, *Vyzvol'ni zmahannja v Ukraïni 1914–1923*, 2 Bde., L'viv 1998; *Stepan A. Markarčuk*, *Ukraïns'ka Respublika Halyčan*, L'viv 1997; *Oleksij Suchyj*, *Halyčyna: miž schodom i zachodom. Narisy istorii XIX – počatku XX st.*, L'viv 1997.
- 9 Am wichtigsten war der Nachdruck der Ukrainischen Enzyklopädie, die zwischen 1955 und 1984 von der Ševčenko-Gesellschaft in der Emigration herausgegeben wurde: *Encyklopedija Ukraïnoznavstva*, L'viv 1993.
- 10 Dazu kommen viele Studien, die an internationalen jüdischen Forschungszentren entstanden sind. Beispiele für neuere Studien: *Israel Bartel* (Hrsg.), *Focusing on Galicia: Jews, Poles, and Ukrainians 1772–1918*, London 1999; *Adam Teller* (Hrsg.), *Studies in the History of the Jews in Old Poland: in honor of Jacob Goldberg*, Jerusalem 1998; *Antony Polonsky* (Hrsg.), *Jews in Independent Poland 1918–1939*, London 1994; *Iwo Cyprian Pogonowski*, *Jews in Poland: a Documentary History; the Rise of Jews as a Nation from Congressus Judaicus in Poland to the Knesset in Israel*, New York 1993; *Ezra Mendelsohn*, *Zionism in Poland. The Formative Years 1915–1926*, New Haven 1981.
- 11 *Wilhelm Feldman*, *Stronnictwa i programy polityczne w Galicyi 1846–1906*, 2 Bde., Kraków 1907; *Kost' Levyč'kyj*, *Istorija polityčnoï dumky halyč'kych Ukraïnciv 1848–1914*, 2 Bde., L'viv 1926; *Stanisław Hoszowski*, *Ekonomiczny rozwój Lwowa 1772–1914*, Lwów 1935; *Majer Bałaban*, *Dzieje żydów w Galicji*, Lwów 1914; *ders.*, *Historia i literatura żydowska ze szczególnem uwzględnieniem historii żydów w Polsce*, 3 Bde., Lwów etc. 1925.

problematischen Seiten des jüdisch-polnisch-ukrainischen Zusammenlebens intensiv diskutiert und geforscht werden kann.¹² Das Trauma des Holocaust, die Umstände der Zwangsumsiedlung von Polen und Ukrainern am Ende des Zweiten Weltkriegs und die Empfindlichkeiten des jungen ukrainischen Staates machen den Dialog ebenso schwierig wie die deutsch-polnischen Historikergespräche der siebziger und achtziger Jahre.¹³

Das neu erwachte Interesse an Lemberg und Galizien hat jedoch auch einen wissenschaftsimmanenten Grund. In der Hauptstadt Ostgaliziens laufen Entwicklungsstränge zusammen, die die europäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert geprägt haben: Krieg und Großmachtpolitik, Nationalstaatsbildung und der Zusammenbruch der Vielvölkerreiche, Nationalismus und Antisemitismus, die Auflösung der Feudalordnung und die Entstehung von Staatsbürgergesellschaften, Sozialismus und Kapitalismus, Modernisierung und Rückständigkeit.

Ich habe eine Fragestellung gewählt, die mehrere dieser Begriffspaare übergreift und fast alle berührt. Am Beispiel der Geschichte Lembergs zwischen 1890 und 1920 werden die Nationalisierung ethnokonfessioneller und sozialer Konflikte und der Zusammenhang von Krieg und Nationsbildung untersucht. Allerdings müssen diese Konflikte in den allgemeinen Kontext des ukrainisch-polnischen Gegensatzes und des jüdisch-christlichen Zusammenlebens in Ostgalizien eingeordnet werden. Ohne Berücksichtigung der Lage auf dem Land, auf dem die überwältigende Mehrheit der ostgalizischen Bevölkerung lebte, können die ethnokonfessionellen Konflikte in Lemberg nicht verstanden werden.

Die Nationalismen und ethnokonfessionellen Konflikte erwiesen sich im ökonomisch rückständigen Galizien als wirkungsmächtiger als das Klassenkampfparadigma. Ihre Sprengkraft entwickelten sie gerade in der Kombination von sozialen und nationalen Komponenten. Zwar ist es unerlässlich, die unterschiedlichen Konzeptionen der nationalen Bewegungen in die Analyse einzubeziehen, doch möchte ich versuchen, den Prozess der Nationalisierung größerer Bevölkerungsgruppen in den Blick zu bekommen. Es geht darum, wie das Verhalten der Menschen von der Nationalisierung sozialer, konfessioneller und ethnischer Unterschiede und Konflikte beeinflusst wurde.

2. BEGRIFFE UND METHODE

Ethnizität und Nationalität sind Begriffe, die in der Forschung unterschiedlich gebraucht werden. Die Definition von Ethnizität bewegt sich zwischen zwei Polen. Eine Interpretationsrichtung schreibt Ethnizität primordiale Qualität zu, betrachtet sie somit als etwas Gegebenes, als Teil der menschlichen Natur. Andere Forscher betrachten Ethnizität als situatives Phänomen, als ein Produkt von Gefühlen, Anschauungen und Symbolen, das sich je nach Umständen auch verändern kann.¹⁴ Folgt man ihrer Argumentation, dann kann sich je nach Rahmenbedingungen auch die Ethnizität eines Menschen ändern, verstanden als sein Wille und sein Gefühl einer ethnisch definierten Gruppe anzugehören. Die Vorstellung einer fluktuierenden Ethnizität macht es möglich, dass Eliten diesen Prozess bewusst steuern und Intensität und Inhalt der ethnischen Identität eines Menschen beeinflussen können. Im Folgenden wird Ethnie im Anschluss an Anthony D. Smith als ein Typus von kultureller Gemeinschaft verstanden, die über gemeinsame Ab-

12 Ein Ergebnis des polnisch-ukrainischen Historikerdialogs ist der Sammelband *Polska i Ukraina. Sojusz 1920 roku i jego następstwa*, Toruń 1997.

13 Vgl. Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation, Braunschweig 1979.

14 Vgl. die Diskussion dieser Konzepte bei *Anthony D. Smith*, *Nationalism and Modernism. A Critical Survey of Recent Theories of Nations and Nationalism*, London etc. 1998, S. 145 ff.

stammungsmythen und historische Erinnerungen verfügt und sich durch einen oder mehrere kulturelle Merkmale wie Sprache, Gebräuche und Religion von ihrer Umgebung unterscheidet.¹⁵

Ähnlich strukturiert ist die Diskussion um den Begriff Nation. Auch hier bewegen sich die Definitionen zwischen einem Verständnis von Nation als etwas, das auf objektiven Voraussetzungen beruht, und einer Interpretation, die die Nation als Konstruktion der Nationalisten ansieht. Einflussreich war die Assoziierung der modernen Nation mit Industrialisierung, wie sie die Modernisierungstheoretiker vorgenommen haben.¹⁶ Anthony D. Smith weist jedoch zu Recht darauf hin, dass die modernistische Interpretation zu kurz greift. Zwar finden wir erst seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert Arbeitsteilung, Massenbildung und gleiche Rechte, die Voraussetzung einer modernen Nation sind, doch beruhen Nationen auf überkommenen sozialen Netzwerken. Auch heute noch muss eine Nation über gemeinsame kulturelle Symbole verfügen. Gerade die Vermischung von ethnischen Elementen mit politischen, territorialen, wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Komponenten kennzeichnet die meisten modernen Nationen.¹⁷ Nation kann demnach definiert werden als eine mit Namen versehene Gemeinschaft mit Geschichte und Kultur, die ein zusammenhängendes Territorium bewohnt, mit gemeinsamer Wirtschaft, Massenausbildungssystem und Gleichheit vor dem Gesetz.¹⁸ Wie Miroslav Hroch betont, muss – will man von einer Nation sprechen – die Dichte der sprachlichen oder kulturellen Bindungen innerhalb der sozialen Gruppe einen höheren Grad erreichen als in den Außenbeziehungen.¹⁹

Im Falle der Nation wird in diesem Kontext zwischen Staatsbürgernation und Ethnonation unterschieden. Eine Staatsbürgernation ist eine Gemeinschaft, die bereits über ein zusammenhängendes Territorium, gemeinsame Institutionen, eine gemeinsame symbolische Sinnwelt und historische Erinnerungen verfügt. Die politische Führung muss sich aus dieser Gemeinschaft rekrutieren und die Angehörigen der Gemeinschaft müssen rechtlich gleichgestellt sein. Eine Ethnonation ist demgegenüber eine ethnische Gemein-

15 Anthony D. Smith trifft eine weitere Unterscheidung zwischen ethnischen Kategorien und einer ethnischen Gemeinschaft. Eine ethnische Kategorie wird wenigstens von Außenstehenden als historische Gruppe aufgefasst, die Gruppe selbst kann eine eher gering ausgeprägte Vorstellung davon haben, dass sie ein eigenes Kollektiv darstellt. Eine ethnische Gemeinschaft ist dagegen dadurch gekennzeichnet, dass wenigstens ein Teil ihrer Eliten sie klar zu definieren versucht. Smith zählt sechs Attribute einer ethnischen Gemeinschaft auf: 1. Ein eigener Name für die Gruppe, 2. ein Mythos von gemeinsamer Abstammung, 3. gemeinsame historische Erinnerungen, 4. eine oder mehrere Elemente einer gemeinsamen Kultur, 5. eine Zuordnung zu einem spezifischen Heimatterritorium und 6. ein Gefühl der Solidarität für signifikante Sektoren der Bevölkerung. *Anthony D. Smith, National Identity, Reno etc. 1991, S. 19 ff.*

16 Besonders einflussreich waren hier die Bücher von *Ernest Gellner*. Z.B.: *Nationalismus und Moderne*, Hamburg 1995 (englischer Originaltitel: *Nations and Nationalism*, Oxford 1983). Die historischen Wurzeln von Nationen betont *John Armstrong*, *Nations before Nationalism*, Chapel Hill 1982.

17 Nützlich ist auch A. D. Smiths Unterscheidung zwischen vertikalen und lateralen Ethnien. Gemeinsam ist beiden ein Bestand an Mythen, Symbolen, Erinnerungen und Werten. Eine laterale Ethnie besteht, wenn nur die Oberschicht die Ethnie konstituiert wie im Falle der polnischen Adelsnation. Die unteren sozialen Schichten auf dem jeweiligen Territorium können ethnisch und kulturell durchaus divergent sein. Eine vertikale Ethnie teilt dagegen schichtunspezifisch ein gemeinsames Erbe und eine gemeinsame Kultur. Laterale Ethnien können versuchen, vertikale Ethnien zu inkorporieren und so den Weg zu einer modernen Nation gleichsam von oben zu gehen. Vgl. *Anthony D. Smith, The Origins of Nations*, in: *Geoff Eley/Ronald G. Suny* (Hrsg.), *Becoming National. A Reader*, New York etc. 1996, S. 106–130.

18 *A. D. Smith, National Identity*, S. 43.

19 *Miroslav Hroch, From National Movement to the Fully-Formed Nation: The Nation-Building Process in Europe*, in: *Eley/Suny*, S. 59–77.

schaft, die entweder in Besitz eines Staates oder eines autonomen Gebildes in einem größeren Staatswesen ist und danach strebt, die ethnographischen und die Staats- oder Gebietsgrenzen in weitgehende Übereinstimmung zu bringen. Eine Nation kann aber auch eine ethnische Gemeinschaft sein, die eigene Staatlichkeit oder Autonomie mit genau diesen Prämissen anstrebt. Diese Definitionen sind idealtypische Konstruktionen, die in der historischen Realität in unterschiedlichen Mischverhältnissen vorkommen.

Indem nicht nur staatliche Unabhängigkeit oder das Streben danach als Definitionskriterien für eine Nation angenommen, sondern auch Autonomie innerhalb eines anderen Staates als Ziel einer nationalen Bewegung akzeptiert werden, kann den spezifischen Bedingungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts Rechnung getragen werden, als viele nationale Bewegungen sich darauf konzentrierten, Autonomie innerhalb eines Vielvölkerreiches zu erlangen.

In Anlehnung an den angelsächsischen Sprachgebrauch verstehe ich unter Nationalismus nicht wie im Deutschen üblich einen übersteigerten Patriotismus, die Überhöhung der eigenen und die Abwertung anderer Nationen, sondern eine ideologische Bewegung, die Autonomie, Einheit und Identität einer existierenden oder potenziellen Nation zu erreichen oder zu bewahren sucht.²⁰ Damit muss nicht zwischen einem positiv konnotierten Patriotismus und einem negativ konnotierten Nationalismus unterschieden und bestimmt werden, wann aus legitimer Vertretung nationaler Interessen aggressiver und die Rechte anderer verletzender Nationalismus wird. Ebenso wenig soll in die Diskussion über eine liberaldemokratische Phase nationaler Bewegungen und einer illiberalen nationalistischen Phase eingetreten werden. Inklusion und Exklusion gehören zu nationalen Bewegungen von Anfang an dazu. Demokratisch und integrativ nach innen und exklusiv und aggressiv nach außen sind zwei Seiten derselben Medaille.²¹

Der Prozess der Nationalisierung ist facettenreich. Die Nationsbildungsprozesse liefen zeitlich parallel zur sozialen und politischen Emanzipation, die im Westen zur Staatsbürgernation im Nationalstaat führten. In den hoch entwickelten westlichen Ländern waren diese Prozesse verbunden mit der Industrialisierung und der Entstehung einer Klassengesellschaft. In weiten Teilen Osteuropas verliefen beide Entwicklungen aber nicht parallel, die Nationalisierung ging der Entstehung der Klassengesellschaft voraus. Daher kann in Osteuropa die industrielle Gesellschaft nicht als Voraussetzung des Nationalismus angesehen werden. Aber eine Verdichtung der Kommunikation fand auch hier statt, Printmedien verbreiteten sich, Sprach- und Bildungspolitik spielten eine kaum zu überschätzende Rolle bei der Nationsbildung. Die Alphabetisierung der Bauern erleichterte es ungemein, dass die Nation als »vorgestellte Gemeinschaft«²² zum primären Identifikationsobjekt aufsteigen konnte. In Ostgalizien beschleunigten sich diese Prozesse seit den 1890er Jahren. Ältere vorgestellte Gemeinschaften wie Religion und Untertanenschaft traten nun in den Hintergrund oder verbanden sich mit dem Konzept der Nation.

Die Religion hat starke Anknüpfungspunkte im Alltag. Der Besuch des Gottesdienstes, die Teilnahme an religiösen Festen und Ritualen und die Präsenz des Pfarrers machten die Religion und konfessionelle Unterschiede innerhalb einer Gemeinde oder eines Siedlungsverbandes unmittelbar erfahrbar. Auch die Zugehörigkeit zu einem Staatswesen ragt in Form der jeweiligen Obrigkeit, ob durch Gerichte oder den berühmten Dorfgendarmen, durch zu leistende Steuern und Militärdienst in den Alltag. Die vorgestellte

20 A. D. Smith, *Origins*, S. 108.

21 Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München 1993, S. 69 ff.; Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde: Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992.

22 Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Berlin 1998 (englischer Originaltitel: *Imagined Communities*, London 1983), S. 14.

Gemeinschaft der Nation hatte zunächst keine solchen konkreten Anknüpfungspunkte. Doch wenn sie sich mit traditionellen vorgestellten Gemeinschaften verbinden ließ, wurde die Nationalisierung beschleunigt. Um ein Beispiel zu nennen: Wurde die Zugehörigkeit zur griechisch-katholischen Kirche mit ukrainischer Nationalität gekoppelt, war gerade in konfessionell gemischten Regionen die Teilnahme an griechisch-katholischen Ritualen gleichzeitig ein nationales Bekenntnis. Die Vorstellung Nation profitierte auf diese Art vom Sinnüberschuss der Religion.

Kleine Gemeinschaften wie Familie, Dorf oder Kirchengemeinde sind Teil der Alltagswirklichkeit und bedürfen keiner Vermittlung. Die Stadt repräsentiert ein Zwischenstadium. Sie ist einerseits zu klein, um eine rein vorgestellte Gemeinschaft zu sein und zu groß, um wirklich die Gesamtheit der Mitbürger als Gemeinschaft real erfahren zu können.²³ Die Stadt ist aber selbst untergliedert in konkret erfahrbare Gemeinschaften wie Vereine, Straßen, Gemeinden. Trotz starker lokalpatriotischer Züge wurden aber regionale und lokale Identität von der entstehenden nationalen Identität überformt. Zwar waren in unserem Fall alle Einwohner der Stadt Lemberger, doch im Zeitalter der Nationalismen war wichtiger und wirkungsmächtiger, dass sie Polen, Ukrainer oder Juden waren.

Die Verbindung und den Zusammenhang zwischen erfahrener und vorgestellter Gemeinschaft zu untersuchen, kann die Erfahrungsgeschichte leisten. In Anschluss an Überlegungen von Thomas Luckmann und Peter Berger wird ›Erfahrung‹ verstanden als permanenter Verarbeitungsprozess, in dem Wahrnehmung, Deutung und Handeln miteinander koordiniert werden.²⁴ Sprache, Institutionen und Traditionen sind Rahmenbedingungen, die der subjektiven Wirklichkeit vorgelagert sind. Sie sind das Raster, durch das wahrgenommen wird, und dadurch erfahrungsprägend.

Es ist danach zu fragen, wie und in welchen Kontexten die Nation konkret erfahrbar werden konnte, um sich in der Vorstellungswelt der Menschen mit Gehalt und mit Sinn füllen und Teil ihrer Wirklichkeitskonstruktion werden zu können. Wie jede Gemeinschaft muss auch die Nation erfahrbar sein, um jenen Identifikationsprozess in Gang zu setzen, der aus ›Hiesigen‹ und Römisch-Katholiken Polen, aus ›Hiesigen‹ und Griechisch-Katholiken Ukrainer und aus gläubigen und ungläubigen Juden Angehörige einer jüdischen Nation macht. Dies wussten auch die Nationalisten aller Couleur. In Feiern, Festen, nationalen Gedenktagen, Demonstrationen und Ritualen erlebten sich die Teilnehmer als Einheit, als Angehörige der Nation. Es ging also nicht nur um die Schaffung gemeinsamer Symbole, die »Invention of Tradition«²⁵, sondern auch um die unmittelbare Teilnahme an solchen Feiern und Demonstrationen, in der man sich der Zugehörigkeit zur Nation, seiner nationalen Identität, versicherte.²⁶

23 Vgl. Jay Winter, Paris, London, Berlin 1914–1919: Capital Cities at War, in: Jay Winter/Jean-Louis Robert (Hrsg.), Capital Cities at War. Paris, London, Berlin 1914–1919, Cambridge 1999, S. 3 ff.

24 Vgl. den Antrag des Tübinger Sonderforschungsbereichs 437 der Deutschen Forschungsgemeinschaft »Kriegserfahrungen – Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit«. Peter Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/Main 1980. Zur Verwendung des Erfahrungsbegriffs in der Geschichtswissenschaft vgl. Reinhart Koselleck, ›Erfahrungsraum‹ und ›Erwartungshorizont‹ – zwei historische Kategorien, in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/Main 1989, S. 349–372.

25 Eric J. Hobsbawm/Trevor Ranger (Hrsg.), The Invention of Tradition, Cambridge 1983.

26 Vgl. Berger/Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion, S. 31, 174 ff. und passim. Berger/Luckmann betonen die unmittelbare Begegnung »von Angesicht zu Angesicht« als Fundamentalerfahrung des »Anderen« und zeigen, wie Identität gesellschaftlich geformt wird. Die Teilnahme an Ritualen als Teil der »Konstruktion von Gemeinschaft« und Herausbildung einer kollektiven Identität unterstreicht Bernhard Giesen, Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation,

3. JUDEN, POLEN UND UKRAINER

Die Polen galten als sogenannte ›historische Nation‹. Sie verfügten über eine lange eigenstaatliche Tradition und über eine komplette Sozialstruktur mit adliger Oberschicht, Bildungsschichten, Mittelstand, Arbeiter- und Bauernschaft. Allerdings war das Wirtschaftsbürgertum relativ schwach. In den polnischen Städten übernahm eine wirtschaftlich aktive deutsche und jüdische Unternehmer- und Kaufmannsschicht in einer Art interethnischer Arbeitsteilung diese Funktion. Die polnische Nation war potenziell ebenso offen wie das erstrebte Staatsterritorium. Die dominante Definition entstand bereits in einer Zeit, als es noch keine polnische Staatsbürgerschaft und damit auch keine polnische Staatsbürgerschaft geben konnte. So nahm Polen eine – stark von nationaldemokratischem Gedankengut beeinflusste – ethnokulturelle Entwicklung. Zum Kern der Nation wurde der »Polak-Katolik«, der sich über die römisch-katholische Konfession, den Gebrauch der polnischen Sprache, die Teilnahme an polnisch-nationalen Ritualen und dem Bekenntnis zur polnischen Kultur definierte. Die jüdischen »Assimilationisten« erfüllten bis auf die Religionszugehörigkeit alle Bedingungen, hatten aber mit der Ablehnung des polnisch-nationalen Lagers und zunehmendem Antisemitismus in der polnischen Gesellschaft zu kämpfen. Eine andere – schließlich nicht realisierte – Möglichkeit war eine ›jagiellonische‹ Definition von polnischer Nation. Ihr hätten dann die Nachfahren jener Menschen angehört, die 1772 auf dem Gebiet der Rzeczpospolita gelebt hatten. Dann wären nach der Demokratisierung nicht mehr nur der jeweilige Adel, sondern auch einfache Litauer, Ruthenen, Weißrussen als Teile einer polnischen Staatsbürgerschaft zu bezeichnen.²⁷ Diese Definition stieß jedoch bei den Eliten der betroffenen ethnokonfessionellen Gruppen nicht auf Gegenliebe. Denn hier waren eigenständige Nationsbildungsprozesse in Gang gekommen.

Im Falle der Ruthenen/Ukrainer²⁸ lag die Rückbeziehung auf eigenstaatliche Traditionen anders als bei den Polen nicht auf der Hand. Der Verweis auf die Kosakentradition, das Hetmanat des 17. Jahrhunderts, auf das Fürstentum Galizien-Wolhynien, auf die Kiever Rus war Teil der »Invention of Tradition«. Während Hrochs Dreistufenmodell²⁹ sich nicht auf Polen und Juden anwenden lässt, passt es auf Entstehung und Entwicklung der ukrainischen Nationalbewegung. In der Westukraine ging die zweite Phase während des Ersten Weltkriegs und des polnisch-ukrainischen Krieges in die dritte Phase über, die aber bei der Liquidierung der Westukrainischen Volksrepublik noch nicht abgeschlossen war.

Ein wichtiges Hindernis war die Tatsache, dass die Ukrainer anders als die Polen nicht über eine eigene Oberschicht verfügten, die ihr Ukrainersein auch prononciert vertreten

Bd. 2, Frankfurt/Main 1999, S. 14 ff.; vgl. auch *George L. Mosse*, Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich, Frankfurt/Main etc. 1976.

27 Zum Problem der polnischen Nation vgl. *Norman Davies*, *God's Playground. A History of Poland*, Bd. 2, New York 1982, S. 3 ff.

28 ›Ruthener‹ und ›ruthenisch‹ waren die amtlichen Bezeichnungen für die ukrainische Bevölkerung des Habsburgerreiches und übersetzten die Begriffe ›rusyny‹ und ›rus'kyj‹. Seit den 1890er Jahren setzte sich nach und nach in der ruthenischen Nationalbewegung die Begriffe ›Ukrainer‹ und ›ukrainisch‹ durch.

29 Hroch unterscheidet drei Phasen der Nationsbildung »kleiner Völker«. Phase A: Eine kleine Gruppe studiert Sprache, Kultur und Geschichte einer nicht-dominanten Gruppe und verbreitet das Bewusstsein ihrer Besonderheit; Phase B: Aktivisten treten auf, die Nationalbewusstsein in ihrer ethnischen Gruppe wecken wollen; Phase C: Eine Massenbewegung entsteht und schafft damit die volle soziale Struktur der Nation. *Miroslav Hroch*, Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen, Praha 1968. Eine Zusammenfassung in: *Hroch*, National Movement.

hätte. Die ukrainische Oberschicht war polonisiert oder russifiziert worden und im jeweiligen Adel aufgegangen. Hinzu kam die relativ schmale Präsenz in den Städten, wo andere ethnokonfessionelle Gruppen die Mehrheit hatten. Selbst das schmale griechisch-katholische Proletariat stand unter dem Einfluss polnischer sozialdemokratischer Parteien.³⁰ Die ukrainische Nationalbewegung in der Westukraine wurde lange Zeit vom griechisch-katholischen Klerus getragen, bevor im ausgehenden 19. Jahrhundert eine in Lemberg ausgebildete weltliche intellektuelle Elite die führende Rolle übernahm.³¹

Gleichzeitig mit der ukrainischen Nationalbewegung entstanden aber auch die ruthenischen Moskalophilen, die aus den ›Alt-Ruthenen‹ hervorgegangen waren. Sie sahen in Ukrainern und Ruthenen kein eigenständiges Volk, geschweige denn eine potenzielle Nation, sondern einen Zweig des russischen Volkes. Gesellschaftspolitisch konservativ, jeglichen revolutionären Bewegungen abhold, waren die Moskalophilen in Friedenszeiten die idealen Verbündeten der polnischen Konservativen. Die polnischen Gutsbesitzer nutzten ihren Einfluss auf die Besetzung der griechisch-katholischen Pfarrstellen, um dort moskalophile Geistliche zu etablieren. Damit wurde versucht der ukrainisch-nationalen Bewegung auf dem Land entgegenzuwirken.³² Hinzu kam massive finanzielle Hilfe aus dem Russischen Reich, so dass die Moskalophilie zeitweise ein wichtiger Faktor in Ostgalizien wurde. Ihre Anhänger unterhielten eigene Publikationsmittel, besaßen Gebäude in Lemberg, eigene Kultur- und Bildungseinrichtungen auf dem Land und behielten auch einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt in der griechisch-katholischen Geistlichkeit.³³

Die Juden lebten jahrhundertlang in Lemberg und standen unter dem Schutz des polnischen Königs. Nach der Emanzipation strömten viele in die freien Berufe und verließen nach der Aufhebung der Ansiedlungsbeschränkungen die jüdischen Wohnbezirke. Vor allem die ärmere jüdische Bevölkerung, darunter viele Chassidim, lebten aber weiter auf engem Raum im früheren Gettobezirk. Es gab orthodoxe, Reform-, und chassidische Gemeinden, die sich aber gemeinsam in der Kahal verwalteten. Zwar waren bei aller religiösen Toleranz der Rzeczpospolita die jüdischen Eliten im alten Regime nie Teil der polnischen (Adels-)Nation gewesen. Doch nach der Emanzipation in der Mitte des 19. Jahrhunderts bekannten sich viele Angehörige der neuen jüdischen Bildungs- und Wirtschaftseliten zur polnischen Kultur und zur polnischen Nation. Sie nahmen an den Aufständen teil, beteiligten sich an der Untergrundarbeit und gingen auch für Polen ins Gefängnis.³⁴ Sie wären in einem – konfessionell libertären – Konzept von polnischer Kulturnation zu integrieren gewesen.

30 Vgl. *Kerstin Jobst*, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich, Hamburg 1996, S. 106 ff.

31 *John-Paul Himka*, Priests and Peasants: The Greek Catholic Pastor and the Ukrainian National Movement in Austria, 1867–1900, in: *Canadian Slavonic Papers* 21, 1979, S. 1–14. *Jaroslav Hrycak*, *Narys Istorii Ukraïny. Formuvannja modernoi Ukraïns'koï nacii XIX – XX stolittja*, Kyïv 1996, S. 76 f.

32 Vgl. die Kritik an dieser Politik von Baron Leopold Andrians in einer Aufzeichnung über die Bedeutung des ukrainischen Problems in Galizien für die österreichische Außenpolitik (Abschrift), 2. 4. 1914, auszugsweise gedruckt in: *Teophil Hornykiewicz* (Hrsg.), *Ereignisse in der Ukraine 1914–1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe*, Bd. 1, Philadelphia, Pa. 1966, S. 1–4.

33 Vgl. z.B. K. u. k. Armeeeoberkommando (AOK) an das Präsidium der Statthalterei für Galizien: Über die russophile Bewegung, *Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv u L'vovi* (CDIAL), f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 170–172.

34 Vgl. für Galizien *Alojzy Zielecki*, Żydzi w polskim ruchu niepodległościowym w Galicji przed Pierwszą Wojną Światową i w czasie jej trwania, in: *Żydzi w Małopolsce. Studia z dziejów osadnictwa i życia społecznego*. Praca zbiorowa pod redakcją Feliksa Kiryka, *Przemyśl* 1991, S. 273–288.

Die jüdische nationale Bewegung, der Zionismus, stieß dann an seine Grenzen, als es um die Frage der Nationalstaatsbildung ging. Es gab in Osteuropa kein zusammenhängendes Territorium, in dem mehrheitlich Juden lebten. Das Judentum bezog sich auf ein historisches Territorium, das weit weg in Palästina lag. Für den Zusammenhalt war dieses imaginierte Territorium wichtig. Die Zionisten versuchten, aus der Imagination eine Realität zu machen, doch begrenzte es die zionistischen Forderungen in Osteuropa auf die Anerkennung der Juden als nationale Minderheit mit entsprechenden personalen Rechten.³⁵

Die sozialen Gegensätze waren lange vor den Nationsbildungsprozessen vorhanden. Polnische Gutsbesitzer, griechisch-katholische Bauern und jüdische Schankwirte, Pächter, Händler und Kaufleute waren durch ein konflikträchtiges Geflecht von ökonomischen und rechtlichen Abhängigkeiten miteinander verbunden. Noch 1912 waren 37,8 % des Bodens in Ostgalizien in Händen polnischer Gutsbesitzer und 200.000 Bauern besaßen weniger als ein Hektar Land. Verschärft wurde dieser Konflikt noch dadurch, dass die polnischen Beamten danach strebten, polnische Siedler aus dem Westen auf die Bauernstellen zu bringen, die durch Parzellierung großer Güter frei geworden waren.³⁶

Man kommt zwar nicht umhin, von Juden, Polen oder Ukrainern zu sprechen. Doch so eindeutig, wie die Begriffe suggerieren, war die damalige Wirklichkeit nicht. Oft waren nur ein oder zwei Faktoren vorhanden, die einen Menschen einer ethnischen Gruppe zugeordnet hätten. Sie kamen ins Gehege mit Kennzeichen, die sie eher einer anderen Ethnie zugehören lassen würden. So entzogen sich die sogenannten Lateiner (Römisch-Katholiken, die ukrainisch sprachen), oder Griechisch-Katholiken, die polonisiert waren, oder Juden, die sich als Polen verstanden, klaren Zuordnungen. Ja, bis weit ins 20. Jahrhundert hinein, war nicht einmal sichergestellt, ob ein ostgalizischer Dorfbewohner die Frage nach seiner Nationalität tatsächlich verstanden hätte. Mischehen zwischen Unierten und Römisch-Katholiken waren an der Tagesordnung und ließen die Grenzen zwischen den ethnischen Gruppen weiter verschwimmen.

4. LEMBERG VOR DEM GROSSEN KRIEG

In Lemberg wurden diese »verwischten Grenzen« (Joseph Roth) besonders deutlich. Die Stadt fiel bereits bei der ersten Teilung Polens an das Habsburgerreich. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts übte dort die österreichische Bürokratie die Kontrolle aus. Nach 1867 erhielt das Kronland Galizien und Lodomerien Autonomie, Lemberg – die Hauptstadt des Kronlandes – 1871 weitgehende Selbstverwaltung. Bis zum Ersten Weltkrieg waren sowohl die Statthalter, die Minister für Galizien in der cisleithanischen Regierung als auch die Lemberger Stadtpräsidenten immer Polen. Im Wiener Reichsrat war der sogenannte »Polenklub« eine der wichtigsten Stützen der Regierung.³⁷ Die polnischen Konservativen wurden in Galizien zur führenden politischen Kraft. Die Stadt wuchs jetzt schnell: von 87.100 Einwohnern 1869 auf 212.000 im Jahre 1912. Lemberg war Sitz der

35 L. P. Everett, *The Rise of Jewish National Politics in Galicia, 1905–1907*, in: *Andrei S. Markovits/Frank E. Sysyn* (Hrsg.), *Nationbuilding and the Politics of Nationalism. Essays on Austrian Galicia*, Cambridge, Mass. 1982, S. 149–177; *Israel Bartal* (Hrsg.), *Focusing on Galicia. Jews, Poles, and Ukrainians, 1772–1918*, London 1999.

36 *Wolfdieter Bihl*, *Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz*, in: *Golczewski*, *Geschichte*, S. 127–157, hier: S. 134; *Stella M. Hryniuk*, *Polish Lords and Ukrainian Peasants. Conflict, Deference, and Accommodation in Eastern Galicia in the late 19th Century*, in: *Austrian History Yearbook* 24, 1993, S. 119–132. *John-Paul Himka*, *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the 19th Century*, New York 1988.

37 Vgl. *Józef Buszko*, *Polacy w parlamencie Wiedeńskim 1848–1918*, Warszawa 1996, S. 79 ff.

galizischen Statthaltereien, des polnisch dominierten Landtags und mehrerer Universitäten, darunter einem bedeutenden Polytechnikum und der renommierten Franz-Josefs-Universität. In allen höheren staatlichen Bildungseinrichtungen löste Polnisch Deutsch als Unterrichtssprache ab. Auch die ukrainische Sprache wurde im öffentlichen Leben zurückgedrängt. Die kulturellen und politischen Möglichkeiten der Polen waren dadurch unvergleichlich größer als im preußischen oder russischen Teilungsgebiet. Lemberg war aber auch für die ostgalizischen Ukrainer und Juden das Zentrum ihres politischen und kulturellen Lebens. Hier war der Sitz der Parteizentralen, der Verbände, Vereine und Genossenschaften.³⁸

Die Stadt war zwar kulturelles und politisches Zentrum, aber wie ganz Ostgalizien industriell schwach entwickelt. 1912 arbeiteten die meisten der 25.000 Arbeiter in kleinen Handwerksbetrieben, 27.100 Einwohner waren im Handel und 40.000 in der Verwaltung oder freien Berufen tätig.³⁹ Für Osteuropa typisch war die religiöse und ethnische Gemengelage. 1910 waren 51% der Lemberger römisch-katholisch, meist Polen, 28 % jüdisch und 19 % griechisch-katholisch. Die Sprachenstatistik macht aber deutlich, dass man von Sprache und Konfession nicht unbedingt auf nationales Bekenntnis schließen kann. Eine jüdische Nationalität wurde in Österreich sowieso nicht anerkannt, und Jiddisch galt nicht als eigene Sprache, sondern wurde unter Deutsch subsumiert. 1910 gaben knapp 86 % der Lemberger – darunter weitaus die meisten Juden – an, Polnisch sei ihre wichtigste Alltagssprache, knapp 11 % nannten Ruthenisch und etwa 3 % Deutsch. Von 39.314 Griechisch-Katholiken nannten nur 21.780 Ruthenisch als Hauptsprache, über 17.500, also 44,6 % gaben Polnisch als ihre wichtigste Sprache an. Dies zeigt zum einen den polonisierenden Einfluss der Stadt. Beachtet werden muss aber zum anderen, dass die Zähler fast ausschließlich Polen waren und die Möglichkeit hatten, bei Angabe von zwei gleichgewichtigen Umgangssprachen nur die Angabe des Polnischen zu registrieren. Diese einseitige Zählung betraf vor allem die einfache jüdische Bevölkerung, die untereinander Jiddisch sprach, im Verkehr mit Christen aber das Polnische benutzte. Der laut Statistik hohe Polonisierungsgrad wurde von polnischen Politikern in Verhandlungen mit Wien als Beleg für die Berechtigung der polnischen Dominanz in Galizien angeführt. In Lemberg gab es zwar eine stark mobilisierte ukrainische Gruppe, vor allem Studenten und Angehörige der freien Berufe, ihnen gegenüber stand aber eine große Gruppe griechisch-katholischer Lemberger, deren Bekenntnis zu einer ukrainischen Nation zumindest nicht eindeutig war.⁴⁰

Für die aufstrebenden jüdischen Bildungs- und Wirtschaftseliten war nach 1870 nicht mehr die Assimilation an das Deutschtum, sondern die Anpassung an das Polentum attraktiv. Die Ausstrahlungskraft der polnischen Kultur und die besseren Karrierechancen ließen die Polonisierung nicht nur den Juden, sondern auch Griechisch-Katholiken und Deutschen erstrebenswert erscheinen.⁴¹ Während in den Städten das Polentum assimilierte, fand auf dem Land eine gegenläufige Entwicklung statt. Hier passten sich die

38 Eine Übersicht bei *Rudolf A. Mark*, »Polnische Bastion und ukrainisches Piemont«, in: *Fäßler/Held/Sawitzki*, S. 46–73; vgl. auch *Leszek Podhorodecki*, *Dzieje Lwowa*, Warszawa 1993; *Józef Buszko*, Die Stellung der Polen und Ukrainer zur jüdischen Frage im autonomen Galizien, in: *Österreichische Osthefte* 38, 1996, S. 275–291, hier: S. 287 ff.

39 *Istoriija gorodov i sel Ukrain'skoj SSR. L'vovskaja oblast'*, Kiev 1978, S. 97 f.

40 *Stepan Makarčuk*, *Naselennja »stolyci« u druhij polovyni XIX – peršij tretyni XX st.*, in: *L'viv. Istoryčni narysy*, L'viv 1996, S. 207–224, hier: S. 218 ff.

41 Zur jüdischen Assimilation vgl. *Jerzy Holzer*, »Vom Orient die Fantasie, und in der Brust der Slawen Feuer...«. Jüdisches Leben und Akkulturation im Lemberg des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Fäßler/Held/Sawitzki*, S. 75–91; *ders.*, Zur Frage der Akkulturation der Juden in Galizien im 19. und 20. Jahrhundert, in: *JGO* 37, 1989, S. 217–227; *Ezra Mendelsohn*, Jewish Assimilation in L'viv: The Case of Wilhelm Feldmann, in: *Markovits/Sysyn*, S. 94–110.

römisch-katholischen Bauern in Sitten, Sprache und Gebräuchen ihrer ukrainischen Umgebung an, was die polnischen Gutsbesitzer mit Widerwillen verfolgten und dem sie entgegenzuwirken suchten.⁴²

Wie auf dem Land korrelierte auch in der Stadt die ethnokonfessionelle Zugehörigkeit mit dem sozialen Status. Die Polen stellten fast alle Beamten, den gesamten Adel, einen guten Teil der Bildungsschichten, Wirtschaftsbürger und Arbeiter. Die jüdische Bevölkerung war sowohl unter den größten Steuerzahlern als auch in den Unterschichten überrepräsentiert. Der Handel wurde 1914 zu etwa 67 % von Juden betrieben, 63 % der Juristen und 37 % der Ärzte waren jüdischen Glaubens. Hoch war auch der Anteil jüdischer Kleinhändler und Arbeiter. Die Ukrainer stellten einen kleinen, aber sehr regen Anteil in den freien Professionen. In Handel und Arbeiterschaft entsprach der Anteil der Ukrainer in etwa ihrer Repräsentation in der Stadt. Die Polen waren somit als Einzige in allen Schichten gut vertreten, unterrepräsentiert waren sie aber in den freien Berufen, in Gewerbe und Handel, überrepräsentiert im Staatsdienst und im Bildungssektor. Die Juden waren weit überrepräsentiert im Handel und in den freien Berufen. Dagegen standen nur wenige Juden und Ukrainer im Staatsdienst.⁴³

Der besondere Charakter der Sozialstruktur zeigte sich in den Wahlen zum Magistrat. 1911 standen von 15.000 Wahlberechtigten 42 % im öffentlichen Dienst oder gehörten den freien Professionen an. Ein Drittel (33) der 100 Ratsherren trugen einen Dokortitel.⁴⁴ Die Marginalisierung der Ukrainer in Lemberg wurde daran deutlich, dass sie bis 1914 keinen Vertreter im Magistrat hatten. Dagegen saßen mindestens 15 Juden im Stadtrat. Auch symbolisch waren Ukrainer im Lemberger Stadtbild nur wenig präsent. Zwar waren eine Reihe repräsentativer Bauten im Stadtzentrum im Besitz ukrainischer Organisationen, doch der ukrainische Anteil an Lemberg und seiner Geschichte wurde an den Rand gedrängt. So schrieb ein ukrainischer Politiker 1908:

»Die Gassen tragen nicht nur ausschließlich polnische Aufschriften, sondern sie sind auch durchwegs nach Namen aus der polnischen Geschichte und Literatur benannt. Wohl gibt es einige Gassen in Lemberg, welche ruthenische Namen tragen, diese sind aber in den entlegensten und schmutzigsten Partien der Stadt zu suchen, und dies eher zum Hohn und Spott als zu Ehren ihrer Träger.«

Eine Nebengasse trug den Namen des ukrainischen Nationaldichters Taras Ševčenko, doch war sie an der äußersten Peripherie gelegen, besaß kein Trottoir, war ungepflastert und machte daher den »Eindruck einer Mistablagerungsstätte«.⁴⁵ Der polnisch dominierte Magistrat setzt dagegen im Stadtzentrum patriotische Marken. 1904 wurde auf dem Hauptboulevard ein Mickiewicz-Denkmal gebaut, dessen Vorplatz bald zum wichtigsten Ort polnisch-nationaler Kundgebungen wurde.⁴⁶

Während die Polen in Lemberg die Mehrheit hatten, sah es auf dem Land anders aus. In Ostgalizien, dem Teil des Kronlandes östlich des Flusses San, waren 1910 62 % der gut fünf Millionen Einwohner griechisch-katholisch und ein Viertel römisch-katholisch. In den Kleinstädten hatten oft die Juden die Mehrheit, die über 12 % der Bevölkerung

42 *Partacz*, Od Badeniego, S. 172 ff.; *Olena Arkuša*, Pol'ski polityčni seredobyšča L'vova ta Krakova na zlami XIX – XX stolit': sproba poruvnjannja, in: L'viv. Misto – suspil'stvo – kul'tura, Bd. 3, L'viv 1999, S. 374.

43 Material des Magistrats zur Bevölkerung Lembergs, ohne Datum (Sommer 1918), Deržavnyj Archiv L'vivs'koï Oblasti (DALO), f. 3, op. 1, spr. 6617, s. 1–5.

44 Vgl. auch *Kramarz*, Samorząd, S. 16 ff.

45 *Wladimir Kuschnir*, Die nationalen Verhältnisse in Lemberg und anderen ostgalizischen Städten, in: *Ukrainische Revue* 1908. Zitiert nach *Martin Pollack*, Nach Galizien. Von Chassiden, Huzulen, Polen und Ruthenen, Wien 1994, S. 192 f.

46 Das ukrainische Nationalkomitee protestierte sowohl gegen den Bau des Mickiewicz-Denkmal als auch gegen die Restauration der Krakauer Burg »für ruthenisches Geld«. *Partacz*, Od Badeniego, S. 86.

ausmachten. In Westgalizien stellten die Polen dagegen 88 % der Einwohner, was ihnen einen leichten Vorsprung in der Gesamteinwohnerzahl des Kronlandes gegenüber den Ukrainern brachte.⁴⁷

Das Verhältnis der ethnokonfessionellen Gruppen in Lemberg war symptomatisch für die allgemeine Lage in Ostgalizien. Hier spielten sich die Konflikte nicht nur auf der politischen Bühne des Landtags, in der Presse, auf Versammlungen und Demonstrationen ab, sondern entluden sich auch in gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen national hoch mobilisierten Angehörigen der verschiedenen Gruppen.

Seit den 1880er Jahren dominierte zwar der polnisch-ukrainische Gegensatz die ethnokonfessionellen Beziehungen, doch es gab immer wieder Versuche, sich dauerhaft zu arrangieren. Statthalter Kazimierz Graf Badeni versuchte kurz nach seinem Amtsantritt der »ukrainischen Frage« die Spitze zu nehmen. Er strebte in österreichischem wie polnischem Interesse eine Übereinkunft mit dem gemäßigten Flügel der ukrainischen Nationalbewegung an.⁴⁸ Die Basis resultierte aus der gemeinsamen Abwehrstellung gegen das Russische Reich und die Moskalophilen, die die Existenz einer ukrainischen Nation in Abrede stellten.

Das Wahlbündnis zwischen den Narodovci (auch Jungruthenen oder Populisten genannt) um Julijan Romančuk und dem polnischen Wahlkomitee brachte den Ukrainern sieben Sitze im Reichsrat (gegenüber 56 polnischen Mandaten), die Moskalophilen gingen leer aus. Schon im Januar 1891 löste Badeni weitere Versprechungen ein: Ein Ukrainer wurde in den Landesschulrat berufen, die galizischen Behörden wurden angewiesen bei der Beantwortung ukrainischer Eingaben die ukrainische Sprache zu verwenden, in Lemberg durfte die genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft »Dnistr'« gegründet werden und ein ukrainischer Lehrstuhl für allgemeine Geschichte wurde an der Universität eingerichtet. 1892 gestattete der Landtag, ein weiteres ukrainisches Gymnasium im Kolomya zu gründen, nach dem akademischen Gymnasium in Lemberg das zweite ukrainische Gymnasium überhaupt. Badeni half auch dem griechisch-katholischen Erzbischof Syl'vestr Sembratovyč dabei, die moskalophilen Einflüsse im Zentrum der unierten Kirche, dem Konsistorium des Heiligen Georg, zurückzudrängen.⁴⁹

Der Ausgleich hielt nicht lange. Die ukrainischen Forderungen nach einer Agrarreform, nach weiteren Volksschulen und Gymnasien, nach einer ukrainischen Universität in Lemberg und nach einer Reform des Wahlrechts für Landtag und Reichsrat überforderte die Kompromissbereitschaft der gemäßigten Krakauer Konservativen, die sich zudem heftiger Kritik der erzreaktionären ostgalizischen Gutsbesitzer, der Podolaken, ausgesetzt sahen. Auch die gemäßigten Narodovci gerieten unter Druck von Konnationalen, denen die polnischen Zugeständnisse nicht weit genug gingen und die stärker in Wien aktiv werden wollten, um das Hauptziel – die Teilung des Kronlandes in einen ukrainischen und einen polnischen Teil – zu erreichen.⁵⁰

In den folgenden Jahren fand eine stufenweise nationale Mobilisierung in allen drei großen ethnokonfessionellen Gruppen statt. Einerseits gab es so einen bewusst geförderten Nationalisierungsprozess, andererseits war die Nationalisierung ein Prozess, der

47 Rudolf A. Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung, Marburg 1994, S. 84 f.; Bihl, S. 126–157.

48 Czesław Partacz, Od Badeniego do Potockiego. Stosunki Polsko-Ukraińskie w Galicji w latach 1888 – 1908, Toruń 1996, S. 48. Eine Zusammenfassung der verschiedenen polnisch-ukrainischen Ausgleichsbemühungen bei Czesław Partacz, Przyczyny i przebieg konfliktu Ukraińsko-Polskiego, in: Przegląd Wschodni 2, 1992/93, S. 841–849.

49 Vgl. Partacz, Od Badeniego, S. 52 ff.; Buszko, Stellung, S. 280 ff.

50 Partacz, Przyczyny, S. 843 f.; Urszula Jakubowska, Życie polityczne we Lwowie na przełomie XIX i XX wieku, in: Galicja i jej dziedzictwo, Bd. 1: Historia i Polityka, Rzeszów 1994, S. 83–97, hier: S. 84 f.; Henryk Wereszycki, Historia polityczna Polski 1864–1918, Wrocław 1990, S. 156 ff.

unterschwellig ablief. Denn Alphabetisierung, Bildungsarbeit, Predigten und Reden städtischer Agitatoren allein können den nationalen Identifikationsprozess nicht in Gang setzen. Pole-Sein, Ukrainer-Sein, Jude-Sein musste in der Alltagswelt Anknüpfungspunkte haben. Mit großen Ausnahmen korrelierte die konfessionelle Zugehörigkeit mit der Umgangssprache, also griechisch-katholisch und ukrainisch, römisch-katholisch und polnisch, jüdisch und jiddisch. In den Städten, besonders in Lemberg, in Verwaltung, im öffentlichen Raum dominierte das Polnische, gerade in den modernen Bereichen wie Fabriken, im Dienstleistungssektor, in der Bildung. Letztlich wurde aber die Dynamik der Nationsbildung auf dem Land entschieden. Es musste gelingen, die Bauern in die Nation einzubeziehen. Bei den Juden war die Einbeziehung der traditionell lebenden, oft chassidischen Unterschichten und Kaufleute in den Städten entscheidend.

Wie die Menschen von der jeweiligen Obrigkeit und von anderen ethnokonfessionellen Gruppen behandelt und gesehen wurden, schärfte das Gefühl, eine Nationalität zu haben. Alterität und Identität gehören auch in Osteuropa zusammen. Um es anders zu formulieren: Wenn ein griechisch-katholischer, ukrainisch sprechender Bauer von den polnisch dominierten galizischen Ämtern, österreichischen Militärkommandanturen oder – später – russischen Besatzungsbehörden anders als seine römisch-katholischen Nachbarn behandelt wurde und er als solcher bestimmte Vor- oder Nachteile hatte, war dies für ihn interpretationsbedürftig, verband ihn mit seinem griechisch-katholischen und trennte ihn von seinem römisch-katholischen Nachbarn. Wenn er seine Vor- oder Nachteile auf ein wie immer geartetes ›Ukrainersein‹ zurückführte, war der entscheidende Schritt getan, die Konfession zu nationalisieren. Ukrainer zu sein, wurde Teil seiner Identität. Auf der Grundlage eines Substrats an Zusammengehörigkeitsgefühl – ob auf sozialen, konfessionellen oder kulturellen Komponenten beruhend – schärfte sich die ethnische Identität, die, sobald sie im Zeitalter der Nationalismen für nationale Ziele mobilisierbar war, zur nationalen Identität wurde. Die Nationalität begann erst jetzt, eine wichtige Rolle im eigenen Lebensentwurf zu spielen.

Die Nationalisten aller Couleur versuchten auf diesen Prozess Einfluss zu nehmen. An die Seite der Kirchen und Synagogen, die nach Konfession und Religion differenzierten, traten in Stadt und Land die Schulen und die Lesehallen, die nach sprachlichen Kriterien differenzierten. Bereits 1868 wurde in Lemberg von ukrainischen Intellektuellen die Bildungsgesellschaft Prosvita gegründet, die auf dem Land ein Netz von Filialen aufbaute. 1908 gehörten zu Prosvita allein 2.048 Leseclubs in Galizien, mit durchschnittlich 50 Mitgliedern. In der Regel traf man sich sonntags für öffentliche Lesungen. Dies war unabdingbar, um eine größere Anzahl ukrainischer Bauern zu erreichen, denn die Analphabetenquote überstieg in den 1890er Jahren 75 %. Die Bauern überschritten auf diese Art den Horizont ihrer Dorfgemeinde und erfuhren sich als Teile einer größeren Gemeinschaft oder wie John Paul Himka formulierte: »By joining reading clubs, peasants joined the nation«.⁵¹ Die Podolaken versuchten ihrerseits durch polnische Bildungsvereine den Nationsbildungsprozess zu beeinflussen, erreichten aber allenfalls die römisch-katholischen Bauern. Die Moskalophilen waren mit ihren Bemühungen schon erfolgreicher, konnten auf Dauer aber nicht mit dem Erfolg der Narodovci mithalten.⁵²

Die scharfe Spaltung zwischen städtischer ukrainischer Intelligenz und Bauern wie in der Ostukraine fand in der Westukraine keine Entsprechung. Auf ukrainischen Volksversammlungen in Ostgalizien kamen seit 1880 Angehörige aller sozialen und politischen Gruppen zusammen. Die größten Versammlungen mit oft mehreren tausend Teilneh-

51 Himka, *Priests and Peasants*, S. 8.

52 Walentyna Najdus, *Kształtowanie się nowoczesnych więzów społeczno-organizacyjnych ludności ukraińskiej Galicji Wschodniej w dobie konstytucyjnej*, in: *Lwów. Miasto – społeczeństwo – kultura*, Bd. 2, Kraków 1998, S. 137–181, hier: S. 157 ff.

mern aus den Reihen der Intelligenz, Bauern, unierten Geistlichen und Kaufleuten fanden in Lemberg statt.⁵³ Den Höhepunkt erlebte diese Bewegung, als am 20. Januar 1906 auf dem Vysokyj Zamok in Lemberg fast 40.000 Ukrainer für eine Wahlreform demonstrierten.⁵⁴

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs fächerte sich das Netz ukrainischer, polnischer und jüdischer Organisationen weiter auf. Genossenschaften aller Art entstanden, Vereine und Verbände wurden gegründet, deren Mitgliedschaften sich bereits national definierten. In Lemberg wurden ukrainische und jüdische Theater, Verlage und Zeitungen gegründet. Die 1873 gegründete Ševčenko Gesellschaft entwickelte sich nach 1894 unter Vorsitz des Historikers Mychajlo Hruševs'kyj zu einer Art ukrainischen Akademie der Wissenschaften, die sich intensiv mit ukrainischer Traditionsbildung befasste. Anfang des 20. Jahrhunderts organisierten sich auch die ukrainischen Anwälte, Ingenieure und Ärzte in eigenen Vereinen. Studentenvereine bildeten sich entlang ethnokonfessioneller Linien, und Polen wie Ukrainer gründeten paramilitärische Organisationen, Turn-, Schützen- und Feuerwehrvereine wie die polnische Sokół oder die ukrainischen Sokil und Sič.⁵⁵ Neben national indifferenten Organisationen gab es auf diese Art bald separate jüdische, ukrainische und polnische Vereine, Parteien und Genossenschaften. Übergreifende Formen der Vergemeinschaftung verloren an Bedeutung.⁵⁶

Zwar ergriff die Polonisierung nach der Autonomie fast die gesamte jüdische Intelligenz und einen Teil des Mittelstandes, sie konnte aber nicht in die Unterschichten eindringen.⁵⁷ Im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Zionismus jedoch immer stärker. 1887 wurde in Lemberg die Gesellschaft Zion ins Leben gerufen, in die viele jüdische Studenten eintraten. Viele weitere Organisationen und Zeitschriften wurden gegründet, die ein jüdisches Bewusstsein verbreiteten und die Vorstellung von der Existenz einer jüdischen Nation propagierten. Die Assimilationsanhänger blieben aber weiterhin eine wichtige Kraft und trafen sich in Vereinen wie »Zjednoczenie« (Vereinigung).⁵⁸

Wie die galizischen Polen ihre Aktivitäten in allen drei Teilungsgebieten zu koordinieren suchten und ein unabhängiges Polen imaginierten, bezogen sich die galizischen Ukrainer auf ihre Konnationalen im Habsburgerreich, in der Bukowina und in den Karpathen, und später auch auf die russische Ukraïna. Einen wichtigen Beitrag dazu leisteten die politischen ukrainischen Emigranten aus dem Zarenreich und der junge Kiever Historiker Mychajlo Hruševs'kyj, der 1894 einen ukrainischsprachigen Lehrstuhl an der Lemberger Universität erhalten hatte. Er war ausgesprochen antipolnisch und maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Begriffe Ukrainer und Ukraïna nun auch von der

53 *Mar'jan Mudryj*, Ukraïns'ki narodni viča u L'vovi 1880 i 1883 rokiv (misto na šljachu do masovoï polityky), in: L'viv. Misto, Bd. 3, S. 333-347; *Stefan Zabrowarny*, Instytucjonalny rozwój ukraińskogo ruchu narodowego w Galicji w latach 1864–1914, in: Warszawskie Zeszyty Ukrainoznawcze 2, 1994, S. 69–81.

54 *Stepan Makarčuk*, Hromads'ko-polityčnyj centr Zachidnoukraïns'koho kraju, in: L'viv Istoryčni narysy, S. 267–290, hier: S. 278.

55 *Zabrowarny*, S. 74 f. Zu Sokół: *Jan Snopko*, Polskie towarzystwo gimnastyczne »Sokół« w Galicji 1867–1914, Białystok 1997. Zur Ševčenko-Gesellschaft und ihrer Rolle im ukrainischen Nationsbildungsprozess vgl. *Mykoła Muszynka*, Towarzystwo Naukowe im. Szewczenki i jego rola w narodowym odrodzeniu Ukraïnców na terenie Galicji, in: Galicja i jej dziedzictwo, Bd. 3: nauka i oświata, Rzeszów 1995, S. 69–78.

56 *Najdus*, S. 137–181.

57 *Filip Friedmann*, Die galizischen Juden im Kampfe um ihre Gleichberechtigung 1848–1868, Frankfurt/Main 1928, S. 210 f.

58 *Vladimir Melamed*, Evrei vo L'vove (XIII – pervaja polovina XX veka). Sobyttija, Obščestvo, ljudi, L'vov 1994, S. 107 ff.; *Jakubowska*, Życie polityczne, S. 92 f.; *Michał Bobrzyński*, Z moich pamiętników, Wrocław 1957, S. 317 f.

ruthenischen Nationalbewegung als Selbstbezeichnung benutzt und auf die Ruthenen (Rusyny) angewandt wurden. Damit wurde auch im Namen die Verbundenheit mit der Ukraïna ausgedrückt.⁵⁹

Die Zuspitzung des ukrainisch-polnischen Konflikts zeigte sich auch in den Wahlkämpfen für Landtag und Reichsrat. Wahlmanipulationen durch die polnischen Wahlkomitees kamen immer wieder vor und wurden von ukrainischer Seite angeprangert. So gab es im Zusammenhang mit den Reichsratswahlen von 1897 in Ostgalizien acht Tote. Wiederholt kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, zu Angriffen ukrainischer Bauern auf polnische Gutsherren, was auch ein Zeichen für die wachsende nationale Mobilisierung war. Auf dem Land verband sich der Antisemitismus mit dem alten sozialen Konflikt. Im Wahlkampf 1898 fanden in einigen ostgalizischen Dörfern antijüdische Ausschreitungen statt, so dass der Statthalter den Ausnahmezustand erklären musste.⁶⁰

Noch waren aber Bündnisse über die ethnokonfessionellen Grenzen hinweg möglich. Die Ruthenisch-Ukrainische Radikale Partei arbeitete bei den Agrarstreiks mit der polnischen Bauernpartei (Stronniectwo Ludowe) zusammen. Podolaken und polnische Nationaldemokratie wiederum gingen taktische Bündnisse mit den moskalophilen Organisationen ein. Ukrainische Nationaldemokraten schlossen Wahlbündnisse mit Zionisten, und jüdisch-polnische und katholisch-polnische Studenten demonstrierten im Februar 1914 in Lemberg gemeinsam gegen einen Führer der zionistischen Bewegung, der Polen für tot erklärt hatte.⁶¹ Auch im Kampf für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verliefen die Frontlinien nicht entlang nationaler Grenzlinien. Polnische Sozialdemokraten und ukrainische Parteien kämpften gleichermaßen dafür. Die Reichsratswahlen 1907 wurden bereits nach dem neuen Wahlrecht durchgeführt. Die ukrainischen Mandate stiegen von sieben auf 32 (darunter vier Moskalophile) der insgesamt 106 galizischen Mandate. Nur die Benachteiligung der Landwahlkreise verhinderte, dass noch mehr ukrainische Abgeordnete gewählt wurden. Die positiven Ergebnisse dieser Politik wurden ein Jahr später dadurch zunichte gemacht, dass Podolaken und Nationaldemokraten mit dem Wohlwollen der galizischen Behörden im Landtagswahlkampf die Moskalophilen unterstützten, die daraufhin ihren Anteil auf elf Abgeordnete steigern konnten. Die Ukrainophilen schafften nur zehn Sitze. Auch diese Wahlen wurden von Wahlmanipulationen und Unruhen begleitet, bei denen ein Ukrainer getötet und viele verletzt wurden.⁶²

Der ukrainische Student Myroslav Sičyns'kyj verübte daraufhin ein Attentat auf Statthalter Andrzej Graf Potocki, der seinen Schussverletzungen erlag. Der griechisch-katholische Erzbischof Andrij Šeptyc'kyj verurteilte die Tat zwar in einem Hirtenbrief scharf, doch war der Mordanschlag durch Gewaltaufrufe in der ukrainischen nationaldemokratischen Presse vorbereitet worden. Der Attentäter wurde von ukrainischen Na-

59 *Partacz*, Od Badeniego, S. 53 f.; *Ivan Pater*, Naddniprojans'ka polityčna emigracija u L'vovi, počatku XX stolittja, in: L'viv. Istoryčni narysy, S. 291–303.

60 *Feldman*, Stronniectwa i programy, Bd. 2, S. 121 und 247; *Buszko*, Die Stellung, S. 283.; *Józef Hampel*, Lwowskie środowiska ukraińskie wobec narodzin ruchu ludowego w Galicji, in: Lwów. Miasto – społeczeństwo – kultura, Bd. 1, Kraków 1995, S. 110–118. Der Lemberger Polizeidirektor Reinlender an die Statthaltereie, 18. 2. 1914, CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1580, s. 11–13.

61 *Harald Binder*, Die Wahlreform von 1907 und der polnisch-ruthenische Konflikt in Ostgalizien, in: Österreichische Osthefte 38, 1996, S. 293–320; *Jurij Michal's'kyj*, Pol'ski demokracja ta ukraińske pytannja v Halyčyni naprykinci XIX – na počatku XX stolittju (do 1914 roku), in: Visnyk L'vivs'koho Universytetu. Serija Istoryčna, Bd. 33, 1998, S. 125; *Buszko*, Die Stellung, S. 282; *ders.*, Sejmowa reforma wyborcze w Galicji 1905–1914, Warszawa 1957.

62 Damit waren 12 % der Landtagsabgeordneten Ukrainer, obwohl die Ukrainer nach Bevölkerungszahl über 40 % hätten stellen müssen. Dies war dem weiter bestehenden Kurienwahlrecht und der Diskriminierung der Landwahlkreise geschuldet. *Buszko*, Polacy, S. 259 ff.

tionalisten als Held gefeiert. Die polnischen Studenten in Lemberg revanchierten sich unmittelbar nach Bekanntwerden des Anschlags. Sie verwüsteten ukrainische Einrichtungen und verprügelten ukrainische Studenten. Auch in anderen Städten Ostgaliziens kam es zu Ausschreitungen. Die Behörden griffen nicht energisch genug ein und konnten erst nach einigen Tagen die Ordnung wieder herstellen. Gleichzeitig nutzten sie aber die Gelegenheit, um die Wohnungen ukrainischer Politiker zu durchsuchen.⁶³

Potockis Nachfolger wurde Michal Bobrzyński, ein gemäßigter Konservativer aus Krakau, der im österreichischen Reichsinteresse den Kampf gegen die Moskalophilen aufnahm. Er kooperierte mit den gemäßigten Ukrainern und strebte einen Interessenausgleich an. Gegen ihn vereinigten sich Podolaken, polnische Nationaldemokraten und Moskalophile zu einem ›Antiblock‹.⁶⁴ Der Ausgleich sah innerhalb von zehn Jahren die Gründung einer ukrainischen Universität in Lemberg vor, eine Erhöhung der ukrainischen Abgeordneten im Landtag, eine Förderung der ukrainischen Bildungsorganisationen und die Errichtung weiterer ukrainischer Schulen.⁶⁵

Der Ausgleich scheiterte jedoch am Widerstand des römisch-katholischen Episkopats. Fünf Bischöfe verfassten einen offenen Brief, der den Ausgleich als Angriff auf die katholische Kirche und den polnischen Besitzstand in Ostgalizien scharf verurteilte. Bobrzyński trat zurück, zu seinem Nachfolger wurde Witold Korytowski gewählt, der wieder enger mit den Podolaken zusammenarbeitete.⁶⁶

Der Nationalisierungsprozess war vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs weit vorangekommen. Hand in Hand mit der Nationalisierung ging die zunehmende Stärkung der beiden nationaldemokratischen Parteien und der zionistischen Organisationen. Die ukrainischen Parteien forderten, die von Ukrainern besiedelten Gebiete in der k. und k. Monarchie zu einem Kronland zu vereinigen, und ihre radikalsten Vertreter verlangten die Vertreibung der Polen hinter den Fluss San, also auch aus Lemberg.⁶⁷ Die polnischen Nationaldemokraten und Podolaken leugneten die Berechtigung der ukrainischen Forderung und unterstellten den Ukrainern einen zivilisatorischen Entwicklungsstand, dessen Verbesserung nur unter einem polnischen Patronat möglich sei und jedenfalls nicht den Anspruch auf eine nationale Selbstbestimmung rechtfertige.⁶⁸

5. GROSSMACHTPOLITIK UND NATIONSBILDUNG: LEMBERG IM ERSTEN WELTKRIEG

Der Krieg ist der Ort und die Zeit, in der eine vorgestellte Gemeinschaft besonders intensiv erfahrbar wird. Zum einen wird die Bevölkerung für den Krieg mobilisiert und im Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht auch massenhaft zur Kriegsteilnahme gezwungen. In der k. und k. Armee, besonders in den ukrainischen und polnischen Legionen, kamen zum ersten Mal potenzielle Konnationale aus weit auseinander gelegenen Gegenden zusammen, die sich sonst nie begegnet wären. Vorhandene Gemeinsamkeiten wurden erkannt,

63 *Jurij Michal's'kyj*, Pol'ska suspilnist' ta ukraïns'ke pytannju v Halyčyni v period sejmovyh vyboriv 1908 r., L'viv 1997; *ders.*, Pol'ski demokraty, S. 127 f.; *Partacz*, Od Badeniego, S. 227 ff.; *Jakubowska*, Życie polityczne, S. 84 f.; *Józef Buszko*, Zur politischen Krise von 1908. Slawen der Donaumonarchie. Das tragische Ende des Grafen Andrzej Potocki als Statthalter von Galizien, in: Österreichische Osthefte 11, 1968, S. 321–328.

64 Politische Porträts der Statthalter liefert *Mar'jan Mudryj*, Halyč'ki Namisnyky v systemi Ukraïns'ko-pol'skyh vzajemyn (1849–1914), in: Visnyk L'vivs'koho Universytetu. Serija Istoryčna, Bd. 33, 1999, S. 91–101.

65 *Bobrzyński*, S. 314 ff.

66 *Partacz*, Przyczyny, S. 849.

67 Z.B. *Semen Vityk*, Precz z Rusinami! Za San z Polakami! Lwów 1903.

68 *Mychal's'kyj*, Pol'ski demokraty, S. 127 ff.; *Arkuša*, S. 374 ff.; *Buszko*, Die Stellung, S. 285 f.

gemeinsames Kämpfen und Leiden in der Extremsituation Krieg schuf neue Gemeinsamkeiten. Voll zum Tragen kam dieser Zusammenhang von Krieg und Nation aber erst in den Nationsbildungskriegen nach 1918, als Krieg im Namen nationaler Interessen geführt wurde. Die Vorstellung ›Nation‹ konnte dann mit konkretem Inhalt gefüllt werden.

Der Krieg wurde 1914 in allen Ländern mit dem Verweis auf eine vorgestellte Gemeinschaft begründet. In Österreich-Ungarn war dies die Reichsidee, aber wie der Fall Polen zeigt, zogen viele aus einem anderen Grund in den Krieg. Der Ausbruch des Weltkriegs hatte in Lemberg zunächst wie überall in Europa ein Aufwallen patriotischer Gefühle zur Folge. Das ›Augusterlebnis‹ der Polen war aber nicht reiner Ausdruck eines Habsburger Reichspatriotismus, sondern gleichzeitig eine Manifestation des polnischen Patriotismus. Bereits bei den ersten Kundgebungen in Lemberg wurden polnische Fahnen geschwenkt und polnische patriotische Lieder gesungen. Den österreichischen Beobachtern war diese polnisch-nationale Konnotation geradezu unheimlich.⁶⁹ Am eindeutigsten pro-österreichisch war die Stimmung der Juden, die in einer existenziellen Angst vor den russischen Truppen lebten. Die Nachricht von der Pogromwelle in Russland nach 1902 hatte sich auch in Ostgalizien verbreitet.

Schon bei den Ukrainern waren die Loyalitäten geteilt. Die radikale, die nationaldemokratische und die sozialdemokratische Partei bildeten bereits am 1. August einen Ukrainischen Hauptrat. Bei Kriegsbeginn stellte er sich im Kampf gegen Russland, den »historischen Feind der Ukraine«⁷⁰, vorbehaltlos auf die Seite Österreichs. Die geschwächten Moskalophilen hatten in einem österreichisch-russischen Krieg zunächst nur zu verlieren. Trotz Loyalitätsbekundungen wurden sie von den Polizei- und Militärbehörden rücksichtslos verfolgt. Der angeblich subversiven Tätigkeit der Moskalophilen wurde die Schuld an den Niederlagen der österreichischen Armee gegeben. Eine unbekannte Anzahl Moskalophiler wurde von militärischen Standgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet, tausende verhaftet und in Lagern im Inneren des Reiches interniert. Die polnische Verwaltung und Polizei nutzte die Gelegenheit, auch eine Reihe unbequemer ukrainischer Politiker und unierter Geistlicher loszuwerden.⁷¹ Allein in Lemberg wurden am 20. August 1.200 Personen verhaftet. 14 Tage später ging ein erster Transport mit 1.600 Menschen ins Internierungslager Thalerhof ab.⁷² Statthalter Korytowski erklärte dem Vertreter des k. u. k. Außenministeriums, dass die ukrainische Bewegung im ruthenischen Volke keinen Einfluss besitze, und dass das ruthenische Volk »in einem großen Maße dem Einflusse der russophilen Elemente unterliege«.⁷³ Erz-

69 Henryka Kramarz, *Samorząd Lwowa w czasie pierwszej wojny światowej i jego rola w życiu miasta*, Kraków 1994, S. 32.

70 Aus einer Resolution des Ukrainischen Hauptrats zitiert nach *Orest Mazur/Ivan Pater*, *L'viv u roky peršoї svitovoї vijny*, in: *L'viv, Istoryčni narysy*, S. 304–324, hier: S. 304 f.

71 Das k. u. k. Ministerium des Innern (MdI) an den Statthalter in Galizien, 27.10.1914, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1370, s. 663. Über eine öffentliche Hinrichtung von zwei Ukrainern in Stryj berichtet der jüdische Flüchtling Baruch Milch. Auszugsweiser Abdruck der Erinnerungen von *Baruch Milch* in: *Barucha Milcha galicyjskie wspomnienia wojenne. 1914–1920*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 4, 1994 – 2, 1995, S. 123–133.

72 *Mazur/Pater*, S. 306 f.

73 Notiz Baron Giesls (Vertreter des Außenministeriums beim AOK) für das AOK über Gespräche mit polnischen und ukrainischen Politikern in Lemberg (Abschrift), 31. 8. 1914, in *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 20–22. Berchtold (K. u. k. Ministerium des Äußeren) an Baron Giesl, 26.8.1914, in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 20. Auch im Vortrag des AOK für Kaiser Franz Josef wurde die Verbreitung der Russophilie in der ruthenischen Bevölkerung unterstrichen, dafür aber auch die polnische Förderung der Moskalophilen vor dem Krieg verantwortlich gemacht. Das k. u. k. AOK (Erzherzog Friedrich) an Franz Josef I: Vortrag über die Gründe des Russophilismus in Ostgalizien und das Ersuchen mit der Leitung der Verwaltung dieses Kronlandes einen höheren General zu betrauen, 14.10.1914, in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 22–24.

bischof Andrij Šeptyc'kyj und ukrainische Politiker protestierten heftig gegen den Vorwurf der Moskalophilie. Das Armeeoberkommando sah die Berechtigung der Beschwerden ein und empfahl die Freilassung fälschlich beschuldigter Ukrainer, »da es in den Intentionen des Armeeoberkommandos und im größten militärischen Interesse liegt, die loyale ukrainische Bevölkerung von Ostgalizien in ihren patriotischen Gefühlen zu stärken«. ⁷⁴ Dass die ukrainischen Proteste aber nicht aufhörten, zeigt, dass weiterhin viele ukrainische Nationalisten inhaftiert waren. Die galizischen Behörden hätten die Gelegenheit genutzt, um die ukrainische Bewegung entweder zu vernichten oder wenigstens in ihrer Entwicklung zu hemmen. Der Allgemeine Ukrainische Nationalrat in Wien forderte erfolglos, die polnischen Beamten, Gendarmen und Justizbeamten Ostgaliziens durch Juristen und Gendarmen ukrainischer Nationalität zu ersetzen. ⁷⁵

Das k. und k. Armeeoberkommando, das sich zunächst auf die lokalen polnischen Behörden verlassen hatte, empfahl bereits im Herbst 1914, einen höheren General zum Statthalter des Kronlandes zu ernennen, und wiederholte diese Forderungen 1915. ⁷⁶ Die österreichischen Truppen wurden instruiert, dass die ukrainische Bevölkerung in ihrer Mehrheit durchaus als loyal anzusehen sei und viele Beschuldigungen Ergebnis ungerechtfertigter Denunziationen seien. ⁷⁷

Die österreichisch-ungarischen Armeen hatten zunächst kein Kriegsglück. Bereits im September 1914 näherten sich russische Truppen Lemberg. Vor allem die jüdische Bevölkerung Ostgaliziens packte das Entsetzen. Hunderttausende verließen Hals über Kopf ihre Wohnungen und Häuser und flohen nach Westen. ⁷⁸ Auch viele polnische Beamte und Honoratioren setzten sich ab. Lemberg war eine der ersten Stationen auf dieser Flucht. Anfang September 1914 drängten sich in der Stadt 100.000 Flüchtlinge, die darauf hofften, dass die russische Armee vor Lemberg gestoppt werden könnte. Doch die geschlagenen österreichisch-ungarischen Soldaten, die durch die Stadt marschierten, machten bald allen klar, dass Lemberg nicht zu halten war. In der Stadt brach Panik aus. Ein Großteil des gewählten Magistrats, darunter auch der Stadtpräsident Józef Neumann, vermögende Polen und Juden verließen die Stadt. Der Lemberger Polizeipräsident schätzte, dass etwa 50.000 meist wohlhabende Bürger flohen. Dagegen scheint die Fluchtbewegung unter der ukrainischen Bevölkerung – abgesehen von Politikern – eher schwach gewesen zu sein. ⁷⁹

Der in der Stadt gebliebene Vizepräsident Tadeusz Rutowski begrüßte den russischen Kommandeur auf Polnisch, der General antwortete russisch. In Zukunft wurde Französisch die Konversations- und Kommunikationssprache zwischen Rutowski und den

⁷⁴ Einsichtsstück des AOK: Ministerpräsident Graf Karl Stürgkh zur Verhaftung zahlreicher hervorragender Ukrainer in Ostgalizien, Wien (Abschrift), 28. 8. 1914. Das Zitat stammt aus einem Erlass des AOK, in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 16–17.

⁷⁵ Das Präsidium des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrates, Wien, an das AOK: Denkschrift über die Verhaftungen und Hinrichtungen zahlreicher österreichtreuer Ukrainer auf Grund bewusst falscher Informationen, Wien, 18. 6. 1915, in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 26–40. Vgl. auch die Denkschrift des ukrainischen Nationalrats in Wien für die k. u. k. Regierung vom Juni 1915, in: ebd., S. 41–52.

⁷⁶ Vortrag des AOK (Erzherzog Friedrich) für Kaiser Franz Josef I., 14. 10. 1914, in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 22–24. Das AOK an das k. u. k. Kriegsministerium, 10. 7. 1915, in: ebd., S. 53.

⁷⁷ Das AOK (Erzherzog Friedrich) an das Etappen-Oberkommando: Belehrung der Truppe über die ukrainische Nationalität, 20. 7. 1915, in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 53–55.

⁷⁸ Vgl. *Baruch Milch*, S. 123–133.

⁷⁹ Bericht des k. und k. Polizeipräsidenten Lemberg für die Statthaltereirei über das Verhalten der Bevölkerung während der russischen Besatzung (handschriftlicher Entwurf), 11. 9. 1915, DALO, f. 350, op. 1, spr. 3609, s. 1–2.

Spitzen des russischen Besatzungsapparats.⁸⁰ Zunächst übernahm General Sergej Šeremet'ev als Militärstatthalter die Kontrolle der Stadt, doch schon zwei Wochen später wurde mit Graf Georgij Bobrinskij ein Generalgouverneur geschickt, der klar machte, dass die ganze Provinz nach dem Krieg ins Russische Reich inkorporiert werden sollte.⁸¹ Der öffentliche Raum wurde nun russifiziert. Polnische Aufschriften auf Geschäftsschildern mussten durch russische ersetzt werden. Der Generalgouverneur verlangte auch, polnische Aufschriften an Straßen und Plätzen auszutauschen. Rutowski zögerte mit allerlei Ausflüchten die Änderung hinaus, schließlich wurden oberhalb der polnischen zusätzlich russische Schilder angebracht.⁸²

Die Besatzungsmacht fand in der einheimischen Bevölkerung maßgebliche Kräfte, die auch zu einer politischen Zusammenarbeit bereit waren. In erster Linie kooperierte der Generalgouverneur mit den ruthenischen Moskalophilen und den polnischen Nationaldemokraten, die auf eine Vereinigung Polens unter dem Zaren setzten.⁸³

Für Juden, Polen und Ukrainer brachte die russische Besatzung ein ganzes Bündel von gemeinsamen Erfahrungen, die geeignet waren, Einheit über soziale und ethnokonfessionelle Grenzen hinweg zu stiften. Lebensmittelmangel und Hunger, Kälte und Brennstoffknappheit, eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten und Einquartierungen waren gemeinsame Erfahrungen aller Lemberger und führten zu gleichen Reaktionen. Alle beteiligten sich am Abholzen der städtischen Parks und der umliegenden Wälder, standen vor Geschäften in Warteschlangen, besuchten Suppenküchen und Teestuben oder hielten sich abends wegen der Sperrstundenregelung zu Hause auf.

In Lemberg traf die polnische Stadtverwaltung Maßnahmen, von der alle ethnokonfessionellen Gruppen profitierten.⁸⁴ Die alten städtischen Institutionen arbeiteten weiter. Rutowski und die 29 (von 100) in der Stadt gebliebenen Ratsherren richteten eine Notstandsverwaltung ein, die gut funktionierte. Das österreichische Hinterland fehlte nun, und die lebensnotwendigen Güter mussten aus dem russischen Herrschaftsbereich beschafft werden. Zum Teil wurde die Versorgung der Stadt auch durch russische Hilfslieferungen sichergestellt.⁸⁵

Zwar sah sich der amtierende Stadtpräsident als Sachwalter der städtischen Interessen, doch konnten die Ukrainer von ihm keine Unterstützung bei ihren spezifisch nationalen Anliegen erwarten. Rutowskis Äußerung beim offiziellen Neujahrsempfang des Rathauses 1915, dass Lemberg eine polnische Stadt sei und bleibe, richtete sich gegen russische Aspirationen, doch von den Ukrainern wurde diese Feststellung keineswegs begeistert aufgenommen. Sein Einsatz für die Öffnung geschlossener polnischer Schulen war zwar vorbildlich, gegen die Russifizierung der ukrainischen Schulen hatte er aber keine Einwände.⁸⁶ Wie sehr die alten nationalen Konflikte auch unter Kriegsbedingungen weiter wirkten, zeigte im März 1917 die Angst ukrainischer Nationalisten, dass griechisch-ka-

80 *Kramarz*, Samorząd, S. 40. Zur russischen Besatzungszeit: *Stanisław Rossowski*, Lwów podczas inwazyi, Lwów 1919; *Marceli Chlamtacz*, Lembergs politische Physiognomie während der russischen Invasion 3.XI.1914 – 22.VI.1915. Erinnerungen und Betrachtungen, Wien 1916; *H. Petrovyč*, Halyčyna pid czas rosyjs'koj okupacii: serpen' 1914 – červen' 1915 r., L'viv 1915; *Zygmunt Zieliński*, Lwów po inwazyi rosyjskiej. Wrzesień – Grudzień 1914, Wien 1914.

81 *Kramarz*, Samorząd, S. 43; *Zieliński*, Lwów, S. 18 f.

82 Rutowski an Generalgouverneur Bobrinskij, 15. 1. 1915 und 11. 2. 1915, DALO, f. 3, op. 1, spr. 5905, s. 47–48, 57; *Chlamtacz*, S. 71 f.

83 Generalmajor Riml über seine Eindrücke nach der Wiedereroberung Lembergs, 26. 7. 1915, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 118, s. 413–423, auszugsweise in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 72–80.

84 *Rossowski*, S. 49 ff.

85 Vgl. *Kramarz*, Samorząd, S. 47 ff.

86 Rutowski an den russischen Statthalter, 18. 2. 1915, DALO, f. 3, op. 1, spr. 5904, s. 15a-15v.

tholische Kriegswaisen in einem polnischen Waisenhaus der ukrainischen Nation verloren gehen könnten.⁸⁷

Auch der tägliche Kampf ums Überleben produzierte trennende Erfahrungen. So gab es zwar allgemeine Suppenküchen oder solche, die für einzelne Berufsgruppen eingerichtet und von den städtischen Behörden getragen wurden. Daneben gab es aber auch kirchliche Träger oder Vereine, die sich auf eine ethnokonfessionelle Gruppe beschränkten. Die speziellen ukrainischen, jüdischen und polnischen Suppenküchen und Teestuben wurden nur von den Angehörigen der jeweiligen ethnokonfessionellen Gruppe aufgesucht.⁸⁸

Die Politik der Besatzungsmacht strukturierte die Bevölkerung nach ethnokonfessioneller Zugehörigkeit. Besonders spaltend wirkte die Schul-, Bildungs-, Sprach- und Religionspolitik. Der Gebrauch der ukrainischen Sprache im öffentlichen Raum wurde diskriminiert, Russisch sollte als Unterrichtssprache in den ukrainischen Schulen eingeführt werden. In polnischen Schulen wurde Russisch lediglich Pflichtfach. Die polnische Presse unterlag strenger Zensur, die ukrainische Presse wurde aber verboten. »Die Ukrainer wurden in allen Formen drangsaliert, sämtliche ukrainische Zeitungen eingestellt, die Tätigkeit aller ukrainischen Vereine sistiert, eine ganze Reihe hervorragender Ukrainer deportiert.«⁸⁹

Während die römisch-katholische Kirche weitgehend in Ruhe gelassen wurde, versuchten die russischen Behörden die Position der unierten Kirche zu untergraben. Offiziell wurde zwar religiöse Toleranz verkündet, die Handlungsmöglichkeiten des unierten Klerus und des Metropoliten wurden jedoch stark eingeschränkt. Priester, die ihrer Kirche treu blieben, wurden schikaniert oder eingeschüchtert. Andere ließen sich zum Übertritt in die russisch-orthodoxe Kirche bewegen. Der russisch-orthodoxe Bischof Evlogij wurde nach Lemberg geschickt, um dem Kampf gegen die unierte Kirche mehr Durchschlagskraft zu verleihen. Gleichzeitig tauchten in den Dörfern orthodoxe Priester auf.⁹⁰

Das Besatzungsregime fiel von Ort zu Ort unterschiedlich aus. In vielen Dörfern und kleinen Städten kamen die russischen Truppen und Behörden gut mit der ukrainischen Bauernbevölkerung zurecht.⁹¹ In der russischen Armee dienten viele Ukrainer, die keinerlei Probleme hatten, mit der einheimischen Bevölkerung eine gemeinsame Sprache zu finden. In Lemberg unterhielten die Besatzungsbehörden ein ausgedehntes Informantennetz. Durch kostenlose Verteilung von Lebensmitteln soll es ihnen gelungen sein, die städtischen Unterschichten für Russland einzunehmen, wie die österreichische Seite nach ihrer Rückkehr bemerkte.⁹²

Wieder andere Erfahrungen machten die Juden. Die russischen Besatzungsbehörden in Lemberg behandelten die jüdische Bevölkerung nach außen hin korrekt. Doch am 27. September 1914 kam es zu den befürchteten antijüdischen Ausschreitungen. Kosaken zogen raubend und plündernd durch die jüdischen Viertel.⁹³ Den Besatzungsbehör-

87 *Ukraïns'ki syroty i uprava L'vova*, in: *Dilo*, 11. 3. 1917.

88 Vgl. *Mazur/Pater*, S. 315 ff.

89 Generalmajor Riml über seine Eindrücke nach der Wiedereroberung Lembergs, 26. 7. 1915; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 118, s. 413–423, auszugsweise in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 72–80. Über die verheerenden Folgen der russischen Besatzung für das ukrainische politische und kulturelle Leben vgl. auch *Mazur/Pater*, S. 314 f.

90 Bericht Baron Andrians über das Verhalten der ukrainischen und polnischen Bevölkerung während der Russenherrschaft, 26. 7. 1915, auszugsweise in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 56–71.

91 Bisweilen wurde dies in denunziatorischer Absicht konstatiert wie im Schreiben der (polnischen) Forst- und Domänenverwaltung Tatarów am Pruth an die k. und k. Forstdirektion: Bericht über das Verhalten der örtlichen Huzulen während der russischen Besatzung, 10. 5. 1915, CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1894, s. 2–8.

92 AOK in Biala: Vertraulicher Bericht über die Zustände in Lemberg, an die Statthalterei übersandt, 9. 8. 1915, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 118, s. 437–443.

93 *Kramarz*, *Samorząd*, S. 43 f.; *Janusz*, S. 166; *Zieliński*, *Lwów*, S. 12.

den gelang es in der Folgezeit, einen neuen Pogrom zu verhindern, doch Diskriminierungen und Übergriffe von Soldaten gehörten zum Besatzungsalltag.⁹⁴ Die Bewegungsfreiheit von Juden in und nach Galizien wurde eingeschränkt. Generalgouverneur Bobrinskij wollte vorsichtig vorgehen, um im Rücken der Truppen nicht ein »feindliches Verhalten [...] des galizischen Judentums« zu provozieren. Juden diskriminierende Maßnahmen schaden aber dem russischen Ansehen in der christlichen Bevölkerung keineswegs und wurden bisweilen auch bewusst eingesetzt, um das russische Ansehen unter Ukrainern und Polen zu verbessern.⁹⁵

Als die russischen Truppen im Juni 1915 abzogen, verließen mit ihnen auch zahlreiche polnische Nationaldemokraten und Moskalophile die Stadt. 44 angesehene Lemberger wurden als Geiseln mitgenommen. Darunter befand sich auch der amtierende Stadtpräsident Rutowski. Erzbischof Šeptyc'kyj war schon zu Beginn des Krieges deportiert und in Russland in »Ehrenhaft« genommen worden.⁹⁶

Die Besatzungsmacht hatte ethnokonfessionelle Konflikte mit harter Hand ruhig gestellt, aber jetzt kehrte die legitime Herrschaft zurück, mit der sich auch mehr Erwartungen verbanden. Zunächst wurden die österreichischen Truppen aber von der Bevölkerung gefeiert. Ihr Einmarsch wurde von zehntausenden bejubelt. Angehörige aller Bevölkerungsgruppen schwenkten Fahnen und schenkten den Soldaten Blumen. Nach Augenzeugenberichten war die jüdische Bevölkerung geradezu enthusiastisch. Auch die meisten Lemberger Polen waren begeistert. Doch bald zeigte sich, dass die Regierung in Wien nicht bereit war, Lemberg und Galizien wieder ohne weiteres der polnischen Verwaltung zu überlassen. Auf Empfehlung des Armeeoberkommandos wurde ein deutsch-österreichischer General als Statthalter eingesetzt. Er ernannte ein Komitee, das sich zum großen Teil aus polnischen und jüdischen Ratsherren zusammensetzte. Erstmals wurden auch ukrainische Vertreter in die Selbstverwaltungskörperschaften berufen. Die Verwaltung funktionierte aber unter dieser kommissarischen Leitung weiter wie bisher.⁹⁷

Nach dem Rückzug der russischen Truppen waren die ökonomischen Probleme aber keineswegs beseitigt, vielmehr nahmen, wie in ganz Cisleithanien, auch in Lemberg die Versorgungsprobleme und sozialen Konflikte in den beiden letzten Kriegsjahren zu. Es scheinen vor allem die Versorgungslage und der Kampf um kleine Alltagsvorteile gewesen zu sein, die die Stimmung zwischen Juden, Polen und Ukrainern vergifteten. Vor allem die jüdische Bevölkerung zog weiterhin den Hass der anderen auf sich. Die Juden wurden verdächtigt, besser über die Runden zu kommen, am Krieg zu profitieren und überhöhte Preise zu verlangen.

Denunziationen waren nun an der Tagesordnung. Polen, Ukrainer und Juden beschuldigten sich gegenseitig, überdurchschnittlich häufig mit den Russen kollaboriert zu haben. Der Vorwurf der Kollaboration diente auch innerhalb der ethnokonfessionellen Gruppen als politisches Argument. Bisweilen trafen sie den Sachverhalt wie im Falle der

94 In anderen besetzten Städten und Orten kam es häufiger zu Pogromen, Plünderungen und anti-jüdischen Ausschreitungen. *Baruch Milch*, S. 127 ff.; *Volodymyr Serhijčuk*, *Pohromy v Ukraïni: 1914–1920. Vid štunych stereotypiv do hirkoï pravdy, prychovuvanoï v radjans'kych archivach*, Kyïv 1998, S. 66 ff.

95 Generalgouverneur Bobrinskij an den Oberkommandierenden der Südwestfront, General M. Ivanov, 26. 11. 1914, in: *Pohromy*, S. 70 f.; General Zabelin an Bobrinskij, 16. 12. 1914, in: ebd., S. 67 f.

96 Der Anteil der ukrainischen Geiseln war dabei unverhältnismäßig hoch. Nach einer Liste der galizischen Statthaltereien wurden 17 Griechisch-Katholiken, 14 Römisch-Katholiken, 10 Juden und 3 Angehörige der evangelischen Kirche verschleppt. *Kramarz*, *Samorząd*, S. 43, 54 f. Nach einer anderen Quelle wurden nur 37 Geiseln deportiert, darunter 12 Polen, 10 Ukrainer und 15 Juden. *Stepan Makarczuk*, *Lwów w warunkach rosyjskiej okupacji 1914–1915*, in: *Lwów. Miasto*, Bd. 1, S. 131–137, hier: S. 134.

97 *Kramarz*, *Samorząd*, S. 58 ff.

polnischen nationaldemokratischen Politiker und der Moskalophilen, in anderen Fällen wurden alte Rechnungen beglichen oder von Einzelfällen auf das Verhalten ganzer Gruppen geschlossen. Polizei und Justiz leiteten hunderte Verfahren wegen Kollaboration mit dem Feind ein. Der k. und k. Legationsrat Baron Andrians konstatierte eine gewachsene Moskalophilie unter ukrainischen Bauern, doch gleichzeitig stellte er fest, dass nur wenige sich von der unierten Kirche abgewandt hätten. Dies weist darauf hin, dass die Konfession den Bauern nach wie vor wichtiger war als die Nation. Die Zunahme der Moskalophilie führte er auf die scharfe Unterdrückung durch den polnischen Adel zurück: »Die Russenherrschaft ist eben für den Bauern unvergleichlich angenehmer als die der polnischen Schlachta.« Das Vertrauen in die felsenfeste Loyalität der Polen habe sich durch die Kollaboration der Podolaken und Nationaldemokraten mit den Russen als unbegründet erwiesen. Dies bedeute auch »das politische Versagen des Systems der polnischen Hegemonie in Ostgalizien«. ⁹⁸ So weit ging die Regierung in Wien aber nicht. Sie arbeitete weiter eng mit den polnischen Eliten zusammen.

Die jüdische Bevölkerung wurde vor allem von polnischer Seite pauschal der Kollaboration beschuldigt. Die Juden hätten, nachdem sie ihre anfängliche Furcht abgelegt hätten, eng mit der Besatzungsmacht zusammengearbeitet und »Geschäfte« gemacht. Da nun 70 % des Lemberger Handels in jüdischen Händen war, ist dieser Vorwurf ungerechtfertigt. Da sie den Handel überhaupt dominierten, waren sie auch im Handel mit der russischen Armee führend. Erfolgreiche jüdische Kaufleute wurden von Ukrainern und Polen stärker wahrgenommen als ihre Konnationalen, die vom Krieg profitierten. Die jüdischen Kaufleute verkauften wie ihre ukrainischen und polnischen Kollegen Waren an die russische Armee, gleichzeitig waren sie aber von essenzieller Bedeutung für die Versorgung der Stadt. Die Statthalterei berichtete nach Wien, dass die Juden oft teuer auf Märkten auf dem Land einkaufen mussten und selbst mit einem kleinen Zuschlag leicht über die gesetzlichen Höchstpreise kämen. Billiger seien die Lebensmittel aber nicht zu beschaffen, daher könne dies auch nicht als Preistreiberei bezeichnet werden. Insgesamt stellte sie fest, dass die jüdische Bevölkerung Galiziens

»die zuversichtlichste Stütze des Heeres war, die ihm Treue bis zur Selbstaufopferung hielt, ihm jeden verlangten Dienst leistete und dem Feinde selbst in der Todesdrohung jeden verweigerte, diese Bevölkerung, deren Patriotismus in der Verfolgung seitens der Russen eine ebenso sprechende als schmerzliche Anerkennung fand, darf auch nicht den Eindruck der Verfolgung in Österreich empfangen«. ⁹⁹

Nachdem die russischen Truppen abgezogen waren, fand eine Politisierung der Bevölkerung statt. Polen wie Ukrainer reagierten empfindlich auf jede politische Veränderung. Den Polen ging es zum einen um Wahrung ihres Besitzstandes in Ostgalizien, zum anderen schon um eine Forcierung der Vereinigung der drei Teilungsgebiete. Dies war inkompatibel mit den Wünschen der Ukrainer, die jetzt mit Nachdruck die Teilung des Kronlandes in einen ukrainischen und einen polnischen Teil forderten. Die Polemik zwischen der polnischen und ukrainischen Presse in Lemberg nahm Anfang 1916 solche Schärfe an, dass die Statthalterei eingreifen musste. ¹⁰⁰

98 Bericht von Legationsrat Baron Andrians über das Verhalten der ukrainischen und polnischen Bevölkerung während der Russenherrschaft, Krakau, 26. 6. 1915, auszugsweise in: *Hornykiwicz*, Bd. 1, S. 56–71.

99 Der Statthalter in Biała an das k. und k. Ministerium des Innern in Wien (Briefentwurf mit handschriftlichen Korrekturen), 1. 12. 1915, CDIAL, f. 146, op. 1, spr. 1884, s. 26–31. Häufiger waren Berichte von österreichischen Militär- und galizischen Zivilbehörden mit einem ausgesprochen antisemitischen Unterton versehen. Z.B. Bericht des österreichischen Rittmeisters der Gendarmerie L. Hinz, 8. 3. 1918 (Abschrift, Auszug), DALO, f. 257, op. 1, spr. 22, s. 20.

100 K. u. k. Kriegsüberwachungsamt an die Statthalterei in Biała, ohne Datum (vermutlich Februar 1916), DALO, f. 350, op. 1, spr. 4232, s. 21–22.

Dass die Unabhängigkeit Polens jetzt nicht mehr in ferner Zukunft lag, sondern eine realistische Chance für die Gegenwart hatte, ließ die Polen von ihrer Loyalität zum Habsburger Reich abrücken. Nur solange polnisch-nationale und habsburgische Reichsinteressen parallel liefen und vereinbar schienen, konnte Wien auf die Unterstützung der galizischen Polen zählen. Die Gründung des Königreichs Polen, die Anerkennung der Ukrainischen Volksrepublik durch die Mittelmächte, der Friede von Brest-Litovsk, die wechselnden Bestimmungen für das Cholmer Land und die Frage der Teilung des Kronlandes Galizien und Lodomerien erregten die Gemüter von Ukrainern wie Polen gleichermaßen.¹⁰¹ Auf polnischer Seite nahmen diese Demonstrationen antiösterreichischen Charakter an. Schon die Proklamierung des Königreichs Polen durch die Mittelmächte führte in Lemberg zu einem Ausbruch patriotischer Gefühle. Am 5. November 1916 zogen tausende Polen mit polnischen Fahnen und patriotische Lieder singend durch die Stadt.¹⁰² Im Dezember 1916 meldete der Lemberger Polizeipräsident, dass die Stimmung unter den Polen geradezu enthusiastisch sei, doch forderten weite Teile der polnischen Bevölkerung die Vereinigung Galiziens mit dem Königreich.¹⁰³ Im kaiserlichen Manifest vom 5. November 1916 war auch eine Ausweitung der Autonomie Galiziens angekündigt worden, was – laut der Abteilung für Briefzensur des k. und k. Innenministeriums – von der ukrainischen Bevölkerung abgelehnt wurde.¹⁰⁴

Am 22. November 1917 protestierte der Ukrainische Nationalrat zum wiederholten Mal gegen die mögliche Vereinigung Ostgaliziens mit dem Königreich Polen.¹⁰⁵ Auf einer Versammlung polnischer Bürger, Politiker und Angehöriger der Intelligenz am 11. Januar 1918 wurde demgegenüber gegen die von den Ukrainern geforderte Zweiteilung des Landes und die Schaffung eines ukrainischen Kronlandes Ostgalizien Stellung bezogen.¹⁰⁶ Zahlreiche Versammlungen fanden anlässlich des Friedens von Brest-Litovsk statt, als dessen Folge das Cholmer Land der Ukraine zugebilligt wurde. Daraufhin protestierte am 12. Februar 1918 im Rathaussaal eine vielköpfige Versammlung gegen diese »Lostrennung polnischer Gebiete«.¹⁰⁷ Die polnische Nation müsse sich vereinen, um ein ungeteiltes Vaterland zu erreichen. Andere Protestveranstaltungen sprachen von einer Gewalttat. An einer Demonstration am 18. Februar nahmen 20.000 Personen teil. Für Wien besonders bedenklich war die aktive Teilnahme von Staatsbeamten, die damit polnisch-nationale Interessen über die Loyalität zum Habsburgerreich stellten. An der Demonstration beteiligten sich viele Angehörige der Justiz-, Finanz- und Stadtverwaltung, Professoren und Gymnasiallehrer. Alle polnischen Schulen, Institutionen, Banken, Geschäfte und Restaurants waren zum Zeichen des Protests an diesem Tag geschlossen. Die geöffneten ukrainischen Geschäfte wurden von den Demonstranten aber nicht behelligt.¹⁰⁸ Wie auch anderswo in Galizien wurden Bilder des Kaisers abgerissen und österreichische Fahnen verbrannt.¹⁰⁹

101 Mazur/Pater, S. 319 ff.

102 Polizeipräsidium an Statthalter, 6. 11. 1916; DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052, s. 2.

103 Polizeipräsidium an Statthalter (handschriftlich), 18. 12. 1916, DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052, s. 2.

104 Auszugsweise Abschrift aus einem Stimmungsbericht der Zensurabteilung des MdI, 10. 1. 1917, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1387, s. 109–110.

105 Polizeidirektor Reinlender an das Präsidium des MdI, 11. 1. 1918, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 5197, s. 1–2.

106 Reinlender an MdI, 13. 1. 1918, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 5197, s. 4–6.

107 Reinlender an MdI, 13. 2. 1918, DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052, s. 46–49.

108 Reinlender an MdI, 14. 2. 1918 und 18. 2. 1918, DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052, s. 52 und 55–56.

109 Meldungen über die Verhältnisse in Galizien (Auszug), Ende Februar 1918, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7162, s. 63–67; Aufzeichnung des MdI (Auszug), 16. 5. 1918; DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052.

Die polnischen Proteste gegen Brest-Litovsk beeinflussten die interethnischen Beziehungen in Lemberg auch auf direkte Weise. So beschloss das Personal der Kriegs-Telegraphen-Telefonzentrale am 18. Februar von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends die Arbeit einzustellen. Der Streikaufruf wurde von allen Polen befolgt. Von 270 Beamten, Beamtinnen und Gehilfen erschienen lediglich drei Deutsche, zehn Ukrainer und eine Jüdin. Ukrainer und Juden hatten ursprünglich erklärt, sie würden als Österreicher zur Arbeit gehen. Doch sie wurden von ihren polnischen Kollegen massiv eingeschüchtert, so dass nur ein geringer Prozentsatz sich als Streikbrecher betätigte.¹¹⁰

Alle österreichischen Quellen sprechen von der nationalen Mobilisierung der Polen. Die austropolnische Lösung wurde von immer weniger Polen für eine erstrebenswerte Option gehalten.¹¹¹ Die Nachricht von einer zwischen der Ukrainischen Volksrepublik und Wien geschlossenen Geheimvereinbarung zur Teilung des Kronlandes ließ die nationalen Leidenschaften überkochen. Im Juli 1918 demonstrierten zehn- bis zwanzigtausend Menschen aus allen Schichten mit dem ehemaligen Stadtpräsidenten Neumann an der Spitze für den polnischen Charakter Lembergs: Lemberg sei eine polnische Stadt und müsse deswegen zum polnischen Staat gehören. Von den Kaiser-Karl-Wochen hielten sich fast alle Polen fern, dagegen wurden die parallel stattfindenden polnisch-nationalen Feste sehr gut besucht.¹¹² Die Wiener Regierung gab dem Druck nach und zwang die Ukrainische Volksrepublik, den Geheimvertrag über die Bildung eines ukrainischen Kronlandes in Ostgalizien zu vernichten und einer Revision der Grenzziehung im Cholmer Gebiet zuzustimmen.

Auf der anderen Seite demonstrierten in Ostgalizien in vielen Orten zehntausende Ukrainer für die Ukrainische Volksrepublik, die im Frieden von Brest-Litovsk durch Deutschland und Österreich-Ungarn anerkannt worden war. Oft traten auf diesen Veranstaltungen Vertreter der Lemberger ukrainischen Intelligenz auf. In der Regel hatten die Veranstaltungen auch eine antipolnische Tendenz.¹¹³ In Lemberg fand eine Kundgebung mit 12.000 Teilnehmern auf dem Platz vor der Georgskathedrale statt. Der Vorsitzende des Ukrainischen Hauptrats, Kost' Levyc'kyj, sprach von der großen Freude des Ukrainischen Volkes über den Friedensvertrag. Die Versammlung verlief ruhig und endete mit einem Hochruf auf den Kaiser.¹¹⁴ Im Sommer beobachteten die Militärbehörden zunehmende Aktivitäten im ukrainischen Spektrum, die gegen die polnischen Bestrebungen gerichtet waren. »Ihr Gegensatz zu den Polen [...] ist beinahe ein unüberbrückbarer geworden.«¹¹⁵

Das Militärkommando Przemyśl berichtete über die »systematische antidynastische und antiösterreichische Verhetzung der [polnischen] Schuljugend« und forderte dringend Gegenmaßnahmen. Ein nicht geringer Teil der Staatsbeamten, Lehrer und Geistlichen flöße der Bevölkerung subversive Ideen ein. Die Polen verhielten sich äußerlich ruhig, arbeiteten aber

110 K. und k. Kriegstelegraphen- und Telefonzentrale in Lemberg an den Beauftragten des k. und k. Chefs des Feldtelegraphenwesens in Lemberg (Abschrift), 20. 2. 1918, DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 3–4.

111 K. u. k. Kriegsministerium, Oberkommando-Nachrichtenabteilung an MdI, 16. 6. 1918, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1262–1264.

112 Polizeipräsidium Lemberg an MdI, Sommer 1918, DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052, s. 88–89.

113 Der Vertreter der Statthalterei in Jaroslaw an das Präsidium der Statthalterei über eine ukrainische Kundgebung in Jaroslaw, 4. 3. 1918, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7159, s. 161–162; Bericht Major Fischers, Nr. 190 res, 22. 7. 1918, DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 13–14.

114 Telegramm des Polizeidirektors in Lemberg an MdI, 23. 2. 1918, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7159, s. 22.

115 Bericht von Generalmajor Fischer Nr. 330 res, 22. 8. 1918, DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 13–17.

»in den diversen Vereinen, Versammlungen und Privatzirkeln intensiv im allpolnischen Sinne weiter. Alle Schichten der polnischen Bevölkerung beteiligen sich mit Ausnahme der Landbevölkerung, welche mit den Feldarbeiten vollauf beschäftigt sind, an den politischen Tagesereignissen. Die ganze Hoffnung der Polen ist mehr oder weniger auf die Lösung der polnischen Frage im allpolnischen Sinne durch die Entente gesetzt.«

Auch die Ukrainer verstärkten ihre Propaganda.

»Es wird in ukrainischen Ortschaften, insbesondere durch die Geistlichkeit, eine recht starke Agitation von Haus zu Haus und auch in den Kirchen gegen die Polen und für die Abtrennung Mittel- und Ostgaliziens an die Ukraine entfaltet.«

Die jüdische Bevölkerung in den Städten wandte sich nach Erkenntnis der Militärkommandantur immer stärker dem Zionismus zu, während die Assimilanten sich zurückhielten. Zusammenfassend wurde festgestellt, dass das gespannte Verhältnis zwischen Polen, Ukrainern und Juden sich inzwischen auch auf die gesellschaftlichen Beziehungen und das Privatleben auswirkte.¹¹⁶

Anfang 1918 gelangten antisemitische Flugblätter und Broschüren nach Lemberg, in denen die »Entjudung Polens« als Voraussetzung für das Glück und die Zukunft des polnischen Volkes gefordert und zum Kampf gegen die Juden aufgerufen wurde.¹¹⁷ Die Behörden beschlagnahmten dieses Material und beobachteten mit Sorge das Wachsen antisemitischer Ressentiments. Im Frühjahr und Sommer 1918 häuften sich Berichte über Angriffe ukrainischer und polnischer Bauern auf Juden.¹¹⁸

Während des Krieges waren die österreichischen Machthaber wie die polnischen Stadtobere an einer Ruhigstellung aller Konflikte interessiert und versuchten daher, eine offene Austragung ethnokonfessioneller Gegensätze und die Umsetzung aggressiv antisemitischer Konzepte zu verhindern. Im April 1916 wurden die Redakteure der ukrainischen und polnischen Tageszeitungen auf das Polizeipräsidium bestellt. Sie mussten eine Erklärung unterschreiben, dass sie darüber aufgeklärt worden seien, dass Artikel, die den Hass zwischen den Nationalitäten schürten oder Unfrieden hervorriefen, nicht erlaubt seien.¹¹⁹

Am 8. März 1918 berichtete der österreichische Gendarmerierittmeister L. Hintz über die gereizte und erbitterte Stimmung der ukrainischen Intelligenz in Lemberg. Alle politischen Parteien seien sich einig in ihrer radikal nationalen und antipolnischen Haltung. Radikale Elemente hätten jetzt die Führung in der ukrainischen Nationaldemokratischen Partei übernommen.

»Ihre Blicke sind auf die zunehmenden Erfolge der russischen Ukrainer gerichtet, woher sie alles Heil für das ukrainische Volk erwarten... Die Enttäuschung der Ukrainer über das Verhalten der Regie-

116 K. und k. Minister des Innern an den galizischen Statthalter mit einer Abschrift eines Berichtes des Militärkommandos in Przemyśl an das Kriegsministerium in Wien, 12. 5. 1918, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1401, s. 1026–1032; K. und k. Ministerium für Landesverteidigung an das MdI (Abschrift), 4. 9. 1918, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1403, s. 1428–1432; Präsidium der k. und k. Statthalterei an alle k. und k. Starosten, 15. 9. 1918, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236–1239.

117 Aufruf und Broschüre »Odzydzenie Polski« der Akcja Polska ogólnej-narodowej, Fundort: CDIAL, f. 146, op. 8t, spr. 2688a, s. 2–14.

118 Z.B. Starost in Stryżów an die Gemeindevorsteher seiner Starostei, 11. 3. 1918, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7162, s. 83; Polizeidirektor Reinlender an Statthalter (handschriftlicher Entwurf), 25. 6. 1918, DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052. Bericht von Generalmajor Fischer Nr. 330 res, 22. 8. 1918, DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 13–17; Präsidium der k. und k. Statthalterei an alle k. und k. Starosten, 15. 9. 1918, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236–1239.

119 Protokolle von Unterredungen mit polnischen und ukrainischen Redakteuren, 30. 4. 1916, DALO, f. 350, op. 1, spr. 4232, s. 23 und 24.

zung ist eine allgemeine. Nur die letzten Konsequenzen haben noch nicht alle intelligenten Ukrainer gezogen.«¹²⁰

6. DER KAMPF UM LEMBERG

Der November 1918 ist der Schlüssel zum Verständnis der Konflikte in Lemberg und Ostgalizien in der Zwischenkriegszeit. Die Novemberereignisse brachten Entwicklungen zu einem vorläufigen Abschluss und schufen neue Voraussetzungen, welche vor allem die Art der Konfliktaustragung beeinflussten. Bestimmte historische Möglichkeiten – besonders die auf Ausgleich gerichteten – wurden unwahrscheinlich, andere wurden wahrscheinlich: die gewaltsame Lösung der Gegensätze. Der November 1918 wurde zu einer gleichermaßen prägenden Erfahrung für Juden, Polen und Ukrainer.

Im Oktober 1918 war die Niederlage der Mittelmächte besiegelt, die Auflösung der Habsburgermonarchie stand kurz bevor. In Warschau stellte der polnische Regentschaftsrat am 7. Oktober die Weichen für die völlige Unabhängigkeit. In Krakau bereitete sich das polnische Liquidationskomitee (PLK) darauf vor, die Macht in Galizien zu übernehmen. Diese Nachrichten wurden von den Lemberger Polen mit Begeisterung aufgenommen. Überall in Galizien wurde gefeiert:

»Die Proklamation des Warschauer Regentschaftsrates hat unter der polnischen Bevölkerung im Lande eine Begeisterung ausgelöst, welche sich in mehr oder weniger zahlreicher Beflaggung der Häuser, in feierlichen Gottesdiensten und Sitzungen der autonomen Korporationen kundgab.«¹²¹

Mit dieser Richtung war der Ukrainische Nationalrat keineswegs einverstanden. Er erklärte sich zur ukrainischen Konstituante und proklamierte auf dem gesamten ukrainischen ethnographischen Gebiet der k. und k. Monarchie (Ostgalizien einschließlich Lemkengebiet, Nordbukowina sowie der ukrainisch besiedelte Streifen in Nordwestungarn) die Bildung eines ukrainischen Staates, der zunächst in einem nicht näher spezifizierten Zusammenhang mit der k. und k. Monarchie stehen sollte. Diese austro-ukrainische Lösung musste gegen den heftigen Widerstand einer Minderheit durchgesetzt werden, die die sofortige Vereinigung mit der Ukrainischen Volksrepublik forderte.¹²²

Die Lemberger Polen blieben ihrerseits nicht untätig. Am 20. Oktober verlas der stellvertretende Regierungskommissar für Lemberg, Marcelli Chlamtacz, auf einer Sitzung des Stadtrats eine Resolution, »worin der Stadtrat im Namen der Bevölkerung Lembergs seiner aufrichtigen Freude über das Manifest des Regentschaftsrates Ausdruck verleiht, indem er darin Realisierung innigster Bestrebungen der Polen bezüglich der Vereinigung sämtlicher polnischer Gebiete erblickt«. Der unierte Geistliche Leżohubs'kyj setzte dagegen, dass Polen wie Ukrainer einen eigenen Staat haben sollten.¹²³ Die Sitzung wurde aber mit Hochrufen auf das unabhängige Polen beendet. Auf den Straßen versammelten sich 20.000 Demonstranten, die die Proklamation feierten. Eine Resolution wurde verabschiedet, dass Lemberg sich als »echter und unabtrennbarer Teil des freien und vereinigten polnischen Staates« fühle.¹²⁴ Zur selben Zeit versammelten sich

120 Bericht des österreichischen Rittmeisters der Gendarmerie L. Hinz, 8. 3. 1918 (Abschrift, Auszug), DALO, f. 257, op. 1, spr. 22, s. 16–18.

121 Statthalter Huyn an MdI, 16. 10. 1918, in: *Hornykiewicz*, Bd. 4, S. 41–42.

122 K. und k. Gendarmeriekommandant für Galizien und die Bukowina an verschiedene k. und k. Behörden, 21. 10. 1918, DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 41–43; Meldung an Erzherzog Wilhelm, 19. 10. 1918, abgedruckt in: *Hornykiewicz*, Bd. 4, S. 44 f.

123 Telegramm des Polizeidirektors in Lemberg an das Präsidium des Ministeriums des Innern in Wien, 20. 10. 1918, in: *Hornykiewicz*, Bd. 4, S. 45–46.

124 Protokoll der Sitzungen des provisorischen Stadtrates im Jahr 1918, DALO, f. 2, op. 22, spr. 1911, s. 685; *Józef Klink*, W przededniu listopadowej obrony Lwowa, in: *Obrona Lwowa. Źródła*

vor der Georgskathedrale 3000 Ukrainer, die wiederum die Proklamation des ukrainischen Staates einen Tag zuvor feierten. Kost' Levyc'kyj hielt eine kurze Ansprache, in der er betonte, dass die jetzige austro-ukrainische Lösung einer späteren Vereinigung mit der Ukraïna nicht vorgreife. Der Reichsratsabgeordnete Semen Vityk forderte dagegen die sofortige Vereinigung und fand scharfe Worte gegen die Polen, insbesondere zum polnischen Adel. Nach dem Absingen patriotischer Lieder ging die Versammlung friedlich auseinander.¹²⁵

In der Statthaltereirei gaben sich in den folgenden Tagen polnische und ukrainische Delegationen die Klinke in die Hand, als sie versuchten, den Statthalter dazu zu bewegen, die Macht auf legalem Weg in ihre Hände zu legen. General Huyn wollte jedoch den Anweisungen aus Wien nicht vorgreifen.¹²⁶

Für den 1. November sagten sich in Lemberg Vertreter des Polnischen Liquidationskomitees an, um die Inkorporierung Ostgaliziens in den polnischen Staat zu besiegeln. Der Ukrainische Nationalrat beschloss jedoch, den Polen zuvorzukommen und die Stadt im Handstreich zu nehmen. Es fügte sich, dass zu diesem Zeitpunkt in Lemberg mehr ukrainische als polnische Soldaten der k. und k. Armeen stationiert waren. In der Nacht zum ersten November schlug der ukrainische Befehlshaber zu. Auch in anderen Städten fanden in den ersten Novembertagen ähnliche Aktionen statt. Die wenigen Soldaten polnischer Nationalität wurden entwaffnet, Soldaten aus anderen Reichsteilen entweder angeworben oder nach Hause geschickt. Der Schlag traf die Lemberger völlig unvorbereitet. Fassungslos sahen die polnischen Passanten am Morgen ukrainische Soldaten durch die Stadt patrouillieren.¹²⁷ Die ukrainischen Lemberger hatten dagegen »Tränen der Freude in den Augen«.¹²⁸ Am Rathaus wehte die gelb-blaue Flagge. Schüsse waren nur vereinzelt zu hören. Es schien zunächst so, als würde die Übernahme der Stadt unblutig verlaufen. Doch bald regte sich Widerstand. Eine Hand voll Polen hielt einige Gebäude besetzt. Diese wurden zum Sammelpunkt für weitere Freiwillige. Da die wehrtauglichen Männer bei der Armee waren, waren dies vor allem Studenten und Schüler sowie Angehörige der diversen polnischen Militärkomitees. Jüdische Soldaten bildeten spontan eine Miliz, die die jüdischen Wohnbezirke vor Plünderungen schützte. Die Stadt war nun in drei Zonen aufgeteilt. Das ukrainische Nationalkomitee warb vergeblich um Polen und Juden, denen weitgehende Minderheitenrechte in der provisorischen Verfassung garantiert und Sitze in der westukrainischen Regierung angeboten wurden. Die Juden wurden gar ausdrücklich als eigene Nation anerkannt. Doch es fanden sich weder Vertreter der polnischen noch der jüdischen Honoratioren, die das Angebot annahmen. Die Kahal entzog sich aber auch den polnischen Werbungen und erklärte die Neutralität der Juden im polnisch-ukrainischen Konflikt. Der Kampf um die Kontrolle der

do dziejów walk o Lwów i województwa południowo-wschodnie 1918–1920. Relacje uczestników, Bd. 2, Warszawa 1991 (Nachdruck der Ausgabe des Jahre 1937), S. 837; *Henryka Kra-marz*, Ze sceny walk polsko-ukraińskich o Lwów, in: *Galicja i jej dziedzictwo*, Bd. 1, S. 102 f. Am 24. 10. 1918 fand eine weitere polnische Kundgebung mit 10.000 Teilnehmern »für den polnischen Charakter der Stadt Lemberg« statt, auf der der stv. Regierungskommissar für Lemberg, Józef Neumann, die Vereinigung mit dem polnischen Staat forderte. *Polizeipräsidium Lemberg an MdI*, 24. 10. 1918; *CDIAL*, f. 2679, op. 8t, spr. 2679, s. 2.

125 Telegramm des Polizeidirektors in Lemberg an MdI, 20. 10. 1918, in: *Hornykiewicz*, Bd. 4, S. 45–46.

126 *Michał Klimecki*, Das Ende der österreichischen Souveränität in Galizien im Oktober–November 1918, in: *Między Wiedniem a Lwowem. Zwischen Wien und Lemberg. Die Vorträge der polnisch-österreichischen Tagung zum 80. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieg*, Warschau, den 17. November 1994, Warschau 1996, S. 163–170.

127 Erinnerung von Józef Rafalski aus dem Jahre 1933, *DALO*, f. 257, op. 2, spr. 1515, s. 27–29.

128 *Oleksa Kuz'ma*, *Lystopadowi dni 1918 r*, L'viv 1931, S. 71.

Stadt dauerte drei Wochen. In den ersten Tagen wurde ein ukrainisch-polnisches Komitee eingerichtet, das bis zuletzt versuchte, den Konflikt gütlich beizulegen und das Blutvergießen zu beenden. Der Konflikt entwickelte eine Eigendynamik. Polnische wie ukrainische Militärbefehlshaber fühlten sich stark genug, die Auseinandersetzung mit Waffengewalt zu ihren Gunsten zu entscheiden.¹²⁹

Es war ein eigenartiger Krieg. Die Kombattanten warfen sich einerseits Grausamkeiten und Kriegsrechtsverletzungen vor. Andererseits tagten Teile des polnischen Stadtrats unbehelligt im Gebäude der Industrie- und Handelskammer, das sich im ukrainisch besetzten Gebiet befand. Auch die polnischen Vereine konnten – von gelegentlichen Durchsuchungen abgesehen – im ukrainisch kontrollierten Teil weiter arbeiten und ihre Konnationalen in den anderen Stadtvierteln logistisch unterstützen. Die städtische Wasser- und Elektrizitätsversorgung wurde durch binationale Komitees sichergestellt. Feuerpausen wurden vereinbart, damit die Bewohner umkämpfter Straßen sich mit Nahrungsmitteln versorgen konnten. In den ersten Tagen kam es vor, dass ukrainische und polnische Truppenführer lieber eine Zigarette zusammen rauchten, als ihre jungen Soldaten aufeinander schießen zu lassen. Ein altertümlich anmutender Ehrenkodex und Kriegsrechtsverletzungen standen nebeneinander. So ließen die Ukrainer einen gefangenen polnischen Offizier frei, als er sein Wort gab, sich fortan nicht mehr an den Kämpfen zu beteiligen. Er brach sein Versprechen, wurde wieder gefasst und erschossen. Ukrainer wie Polen warfen sich gegenseitig vor, Gefangene zu misshandeln und zu erschießen.¹³⁰

Die polnischen Einwohner versorgten ihre Kämpfer mit Lebensmitteln. Junge Frauen kämpften mit der Waffe in der Hand, pflegten die Verwundeten, erledigten gefährliche Botendienste und beschafften Waffen und Munition. Auch Oleksa Kuz'ma, der auf ukrainischer Seite an den Kämpfen teilgenommen hatte, unterstrich die Solidarität der Polen über Klassen- und Parteigrenzen hinweg. Selbst die polnischen Sozialdemokraten hätten sich mit dem Klassenfeind verbündet.¹³¹ Diesen Rückhalt hatten die ukrainischen Truppen nicht. Die griechisch-katholische Minderheit in der Stadt ließ sich nicht zum Kampf gegen ihre römisch-katholischen Nachbarn bewegen, Mobilisierungsversuche der ukrainischen Befehlshaber hatten nur wenig Erfolg. Kuz'ma machte dafür ein wenig ausgeprägtes nationales Bewusstsein und die Auswirkungen der Polonisierung verantwortlich.¹³²

Die ukrainischen Soldaten stammten meist vom Land und fanden sich – im Unterschied zu den jugendlichen polnischen Kämpfern – in der Stadt schlecht zurecht. So war es nicht verwunderlich, dass sich bald die Waagschale zu Gunsten der Polen zu neigen begann. Ostgalizien wurde zwar fast vollständig von ukrainischen Einheiten kontrolliert. Doch von den Kreisverwaltungen der am 13. November proklamierten Westukrainischen Volksrepublik erhielten die ukrainischen Kämpfer in Lemberg nur wenig Unterstützung. Alle Appelle verpufften wirkungslos.¹³³ Abgesehen vom geringeren nationalen Mobilisierungsgrad mag hier auch eine Rolle gespielt haben, dass für die ukrainischen

129 Zum Verlauf der Feindseligkeiten vgl. die Arbeiten von *Klimecki, Kozłowski* und *Łukomski/Partacz/Polak*. *Mykola Lytvyn*, *Stolyca Zachidno-ukraïns'koï Narodnoï Respubliky*, in: *L'viv. Istoryčni narysy*, S. 330–356. Aus der Flut der älteren polnischen Arbeiten vgl. *Obrona Lwowa*, 1 – 22 listopada 1918, 3 Bde., Lwów 1933 ff.

130 Vgl. auch den Briefwechsel der beiden Erzbischöfe *Andrij Šeptyc'kyj* und *Józef Bilczewski*. *Nieznaną korespondencją arcybiskupów metropolitów Lwowskich Józefa Bilczewskiego z Andrzejem Szeptyckim w czasie wojny Polsko-Ukraińskiej 1918–1919*, Lwów etc. 1997; *Franciszek Krysiak*, *Z dni grozy we Lwowie*, Kraków 1919, S. 75 ff.

131 *Kuz'ma*, S. 226.

132 *Kuz'ma*, S. 307 f.

133 Vgl. den Briefwechsel des Sekretariats für innere Angelegenheiten der Westukrainischen Volksrepublik mit den Kreisstellen, CDIAL, f. 581, op. 1, spr. 206; *Kuz'ma*, S. 250.

Bauern Lemberg eher eine polnische als eine ukrainische Stadt war. Die Bauern wollten die polnischen Gutsbesitzer und Gendarmen los werden, das Schicksal Lembergs bewegte sie aber nicht derart, um dafür ihr Leben zu riskieren.

Als sich von Westen polnische Ersatztruppen der Stadt näherten, verließen die ukrainischen Soldaten zusammen mit ihrer Regierung am 22. November Lemberg. Die Sekretärin der polnischen Frauenliga (Liga Kobiet) erinnerte sich, dass die Polen außer sich vor Freude waren, als sie die rot-weiße Flagge auf dem Rathaus wehen sahen.¹³⁴

Die Gewalttätigkeiten in der Stadt waren mit dem Abzug der Ukrainer jedoch nicht zu Ende. Die polnischen Kommandanten schritten nicht ein, als aus den Gefängnissen entlassene Banditen, marodierende Milizionäre, Soldaten und Offiziere begleitet von polnischen Einwohnern vom 22. bis zum 24. November 1918 die jüdischen Viertel plünderten, Juden misshandelten, vergewaltigten und töteten. Zuvor hatte sich die jüdische Miliz freiwillig entwaffnen lassen. Die Marodeure erzählten ihren Opfern, die polnischen Befehlshaber hätten »Requisitionen« erlaubt, sozusagen als Strafgericht für die Kollaboration der Juden mit den Ukrainern. Der Pogrom forderte nach vorsichtigen Schätzungen 72 Todesopfer, viele Häuser waren angezündet und tausende Geschäfte geplündert worden.¹³⁵

Das angeblich pro-ukrainische Verhalten der jüdischen Bevölkerung war jedoch nur der Anlass, nicht der tiefere Grund für den Pogrom. Antijüdische Ressentiments hatten während des Krieges zugenommen und eine rassistische Färbung angenommen. Bereits kurz nach Rückeroberung der Stadt im Juni 1915 beobachtete der österreichische General Riml einen »früher nicht gekannten Antisemitismus«.¹³⁶ Es waren immer dieselben Vorwürfe, die den Juden gemacht wurden. Sie hätten sich während des Krieges bereichert, die Not der christlichen Bevölkerung ausgenutzt und Wucherpreise verlangt, mit der jeweiligen Besatzungsmacht kollaboriert und Polen denunziert. Jetzt würden sie den Ukrainern helfen und polnische Soldaten attackieren.¹³⁷ Während des Kampfes um Lemberg hatte die polnische Militärzeitung *Pobudka* diese Ressentiments weiter geschürt.

In Zusammenhang mit den antisemitischen Ausschreitungen 1918 und 1919 wurden über 200 Zivilisten festgenommen und bis 1920 insgesamt 84 Strafverfahren angestrengt, von denen die meisten auch zu Verurteilungen führten. Wie viele Verfahren die Militärgerichte eingeleitet haben, konnte ich bislang nicht ermitteln.¹³⁸ Mitte Dezember befanden sich jedenfalls 40 Soldaten, die des Mordes oder Raubes beschuldigt wurden, im Gefängnis und warteten auf das Urteil des Feldgerichts.¹³⁹

134 Auszug aus den Erinnerungen des Lemberger Kreises der »Liga Kobiet/Komitet Obywatelskiego Polek« von Marja Wójcikiewiczówna, Sekretärin der Liga Kobiet in Lwów, 11. 1. 1932, DALO, f. 257, op. 1, d. 332, s. 1–14.

135 Vgl. die zeitgenössischen Darstellungen und Dokumentensammlungen: *Josef Bendow*, *Der Lemberger Judenpogrom*, Wien etc. 1919; *Abram Insler*, *Dokumenty fałszu*, Lwów 1933. Den Ablauf des Pogroms schildert auch *Frank Golczewski*, *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922*. Eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Osteuropa, Wiesbaden 1981, S. 185–205.

136 Generalmajor Riml über seine Eindrücke nach der Wiedereroberung Lembergs, 26. 7. 1915, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 118, s. 413–423, auszugsweise in: *Hornykiewicz*, Bd. 1, S. 72–80.

137 *Ludwik Mrocza*, *Przyczynek do kwestii żydowskiej w Galicji u progu Drugiej Rzeczypospolitej*, in: *Żydzi w Małopolsce*, S. 297–208, hier: S. 303.

138 Staatsanwaltschaft Lemberg an den Staatsanwalt beim Appellationsgericht Lemberg, 31. 8. 1920, CDIAL, f. 205, op. 1, spr. 1122, s. 56–57. Auch höhere Zahlen von 1.000 oder 2.000 Verhafteten werden in zeitgenössischen Berichten genannt. *Raport Delegacji Ministerstwa Spraw Zagranicznych R.P. w sprawie wystąpień antyżydowskich we Lwowie*, 17. 12. 1918; *Archiwum Akt Nowych*, Komitet Narodowy Polski, Nr. 159, k. 103–108. Abgedruckt in: *Jerzy Tomaszewski*, Lwów, 22 listopada 1918, in: *Przegląd Historyczny* 75, 1984, S. 279–285.

139 *Raport*, S. 279–285.

Das polnische Außenministerium entsandte eine Kommission nach Lemberg, die die Vorfälle untersuchen sollte. Die Kommission kam zu einem erschütternden Ergebnis: »Es war eine wirkliche Barbarei, völlig mittelalterlich. Mit Schmerz stellen wir fest, dass sich eine gewisse Anzahl Offiziere fand, die an den Morden und Raubüberfällen teilgenommen hat.«¹⁴⁰ Bereits vor dem Pogrom waren Plünderungen jüdischer Geschäfte an der Tagesordnung. Die Kommission kam zum Ergebnis, dass auf polnischer Seite viele zuvor freigelassene Berufsverbrecher kämpften, die die Gelegenheit nutzten, zu plündern und zu rauben. Die Kommission übte heftige Kritik an den polnischen Militärführern. Sie hätten in den Tagen des Pogroms ihre Pflicht nicht erfüllt.¹⁴¹

Die polnischen Befehlshaber verwahrten sich dagegen, etwas von dem Pogrom gewusst oder ihn geduldet zu haben. Man habe alles versucht, sich den Ausschreitungen entgegenzustellen und die Folgen zu mildern.¹⁴²

Der bekannte jüdisch-polnische Politiker Tobiasz Aszkenaze verfasste eine umfangreiche Bestandsaufnahme des Pogroms, die er der Kommission des französischen Generals Barthelemy vorlegte, die nach Lemberg gekommen war, um zwischen Polen und Ukrainern zu vermitteln.¹⁴³ Der Pogrom fand im Ausland große Resonanz und war ein verheerender Schlag für das internationale Ansehen Polens. Diese hohe Publizität wurde den Juden ebenfalls zum Vorwurf gemacht und als Zeichen ihrer Illoyalität gewertet. Auch Marschall Józef Piłsudski und Premierminister Ignacy Paderewski machten einer Delegation Lemberger Juden deshalb Vorwürfe.¹⁴⁴

Das jüdische Rettungskomitee versuchte den Schaden festzustellen. Bis März 1919 kam es auf eine Zahl von 103 Millionen Złoty. Der größte Schaden war durch Plünderungen entstanden, gut 82 Millionen Złoty. Am meisten waren die Kaufleute betroffen, allein der Wert der geplünderten Waren betrug knapp 50 Millionen. Die Kaufleute hatten auch die meisten Toten und Verwundeten zu beklagen. Nach diesem Zwischenbericht wurden 2.815 Fälle registriert. Die Taten wurden in 1916 Fällen von einfachen Soldaten, in 494 Fällen von Offizierpatrouillen und in 391 Fällen von Soldaten und Zivilisten zusammen begangen. Relativ selten waren Übergriffe, an denen nur Zivilisten beteiligt waren.¹⁴⁵

Der Lemberger Pogrom war kein Einzelfall. Allein in Westgalizien kam es im Laufe des Dezember 1918 in 37 Ortschaften zu antijüdischen Ausschreitungen. In Ostgalizien sah es nicht besser aus.¹⁴⁶

Auf einer Sitzung des provisorischen Lemberger Stadtrats am 2. Februar diskutierten Polen und Juden über die »jüdische Frage«. Ein Vertreter der Zionisten, David Schreiber, brachte auch den Pogrom zur Sprache:

»Der Pogrom in Lemberg war für die jüdische Gesellschaft ein großes Unglück, aber vielleicht noch schmerzlicher war für die jüdische Gesellschaft das Verhalten der polnischen Gesellschaft gegenüber diesen Vorfällen und nach diesen Vorfällen.«

140 Ebd., Die Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Berichts überzeugen nicht. *Leszek Tomaszewski*, Lwów – Listopad 1918. Niezwykłe losy pewnego dokumenty (Listy do Redakcji), in: *Dzieje Najnowsze* 25,4, 1993, S. 163–173

141 Raport, S. 279–285.

142 Aufruf des Provisorischen Regierungskomitees an die Bevölkerung Lembergs, in: *Gazeta Lwowska*, 28. 11. 1918. Vgl. auch die Rechtfertigungsversuche in den Memoiren von *Czesław Mączyński*, *Boje lwowski*, 3 Bde., Warszawa 1921. *Bolesław Roja*, *Legends i fakty*, Warszawa 1931.

143 Memorandum von Tobiasz Aszkenaze, Ende 1918, DALO, f. 257, op. 2, spr. 504, s. 23–59.

144 So Marschall Piłsudski und Premierminister Ignacy Paderewski gegenüber einer jüdischen Delegation aus Lemberg. *Nowy Dziennik*, 11. 2. 1919. *Goniec Krakowski*, 12. 2. 1919. Dazu auch *Golczewski*, S. 200 ff.

145 Mitteilung Nr. 9 des Pressedienstes der Delegation des jüdischen Nationalrates für Ostgalizien, 1. 3. 1919; DALO, f. 257, op. 2, spr. 24.

146 *Mrocza*, *Przyczynek*, S. 301.

Niemand habe sich bereit gefunden, den Pogrom vorbehaltlos zu verurteilen. Letztlich sei den Juden selbst die Schuld an dem ihnen widerfahrenen Leid gegeben worden. Ein gedeihliches Zusammenleben zwischen jüdischer und polnischer Gesellschaft – führte der Redner weiter aus – sei nur dann möglich, wenn die pauschalen Vorwürfe gegen die Juden zurückgenommen und ihr Verhalten voll und ganz rehabilitiert würde.¹⁴⁷ Im Namen der polnischen Regierung verurteilte Premierminister Paderewski gegenüber einer Delegation Lemberger Juden den Pogrom und meinte, dass das augenblicklich schlechte jüdisch-polnische Verhältnis Juden wie Polen schade. Die Juden sollten alle staatsbürgerlichen Rechte bekommen, doch für die jüdischen Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung zeigte er kein Verständnis.¹⁴⁸

Im November/Dezember 1918 brachten die ukrainischen Truppen mit Ausnahme von Lemberg ganz Ostgalizien unter ihre Kontrolle. Nach anfänglichem Chaos begannen sie bald, eine durchgegliederte Verwaltung aufzubauen.¹⁴⁹ Dies bedeutete einen enormen Sprung im Nationalisierungsprozess der Ukrainer und in der Konfrontation mit den in Ostgalizien ansässigen Polen, die die neue Herrschaft als illegitim ansahen. Die ukrainischen Bauern dagegen sahen zum ersten Mal eine ukrainische Obrigkeit. Die vorgestellte Gemeinschaft der Nation wurde in den Verwaltungsstellen der Westukrainischen Volksrepublik und in der westukrainischen Armee greifbar.

Lemberg wurde noch mehrere Monate von ukrainischen Truppen belagert. Die Wasserversorgung wurde unterbrochen und Rücksichten auf die Versorgungsprobleme der Stadt gab es nicht. Dass Lemberg dazu noch von ukrainischer Artillerie beschossen wurde, hatte verheerende Folgen für das ukrainisch-polnische Verhältnis in der Stadt. Es kam zu Durchsuchungen und Massenverhaftungen von Ukrainern. Die erste Sitzung des Stadtrats nach dem Abzug der ukrainischen Truppen fand am 25. November 1918 statt. Der ukrainische Sozialdemokrat Mykola Hankevyč beklagte, dass polnische und ukrainische Studenten ihr Blut in diesem Krieg gegeneinander vergossen hätten. Den Pogrom gegen die »unglückliche wehrlose Bevölkerung im jüdischen Ghetto« verglich er mit Dantes Hölle. Er verwahrte sich dagegen, dass ukrainische Soldaten daran beteiligt waren. »Es ist eine Tatsache, dass es unter dem ukrainischen Regime während dreier Wochen keine jüdischen Pogrome gegeben hat.« Angesichts der lautstarken Zwischenrufe der polnischen Ratsmehrheit, die ihn zum Schweigen bringen wollte, sagte Hankevyč: »Meine Herren! Stark und mächtig ist der Schaden des Nationalismus. Sie wollen nicht die Stimme eines Sozialisten hören!«¹⁵⁰

Die ukrainischen Vertreter im Stadtrat legten ihre Mandate im Mai 1919 nieder, um dagegen zu protestieren, dass unter den 50 neu ernannten Stadträten kein Ukrainer war und sie auch nicht zur Wahl des Stadtpräsidenten geladen wurden. Dieser Rücktritt führte dazu, dass Ukrainer bis zu den ersten regulären Magistratswahlen in den dreißiger Jahren nicht mehr im Stadtrat vertreten waren.¹⁵¹ In der polnischen Presse überschlugen sich während der Belagerung durch Truppen der Westukrainischen Volksrepublik die antiukrainischen Äußerungen. Man kämpfte gegen »Hajdamakenbanden« und »ukrainische Mörder«. Die Verteilung des Gutsbesitzerlandes führte dazu, dass die ukrainischen Bauern mit den Bol'sheviki gleichgesetzt wurden. Ukrainische Zeitungen

147 Protoll einer Sitzung des Provisorischen Regierungskomitees in Lemberg über die jüdische Frage in Polen, 2. 2. 1919, Stefanyk-Bibliothek, f. 102, Savč. 1, s. 89–153.

148 Nowy Dziennik, 11. 2. 1919, Goniec Krakowski, 12. 2. 1919.

149 Noch immer die beste Arbeit zur Westukrainischen Volksrepublik ist das Buch des ukrainischen Emigranten Vasyl' Kučabs'kyj. *W. Kutschabsky, Die Westukraine im Kampfe mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918–1923*, Berlin 1934, hierzu: S. 66 ff.

150 Vpered! 29. 11. 1918.

151 Ukrainisches Bürgerkomitee Lemberg an das Stadtpräsidium, 2. 3. 1919, CDIAL, f. 462, op. 1, spr. 236, s. 17. Kramarz, *Ze sceny*, S. 113.

durften selbst in polnischer Sprache nicht erscheinen. Alle ukrainischen Kultureinrichtungen und Vereine wurden geschlossen. Die Gebäude wurden regelmäßig durchsucht, dabei Einrichtungen zerstört oder geplündert. Ukrainer, die sich auf der Straße in ihrer Muttersprache unterhielten, liefen Gefahr, von polnischen Passanten attackiert zu werden. An griechisch-katholischen Feiertagen wurden die Ukrainer zur Arbeit gezwungen, an Ostern viele sogar interniert.¹⁵²

Der polnische Druck und der mangelnde gesetzliche Schutz führten dazu, dass viele Ukrainer die Stadt verließen. Bis 1920 ging der Anteil der griechisch-katholischen Bevölkerung in Lemberg von 19,2 % (1910) auf 12,1 % zurück, während der jüdische Anteil auf 35 % anstieg. Der polnische Anteil blieb bei 51,3 %. Insgesamt hatte Lemberg damals 219.392 Einwohner. Bis 1931 erreichte der Anteil der Griechisch-Katholiken dann wieder 16,3 %.¹⁵³

Nach der Besetzung Ostgaliziens im Sommer 1919 durch polnische Truppen wurden auch auf dem Land viele Angehörige der ukrainischen Intelligenz, Bauern und Arbeiter in Lagern interniert und griechisch-katholische Kirchen zerstört. Ukrainische Politiker sahen darin einen Angriff auf die »classe cultivée« und die »vie intellectuelle« der Westukraine. Allein im Gefängnis Brigidka in Lemberg waren nach ukrainischen Angaben mehr als 2000 Ukrainer inhaftiert, darunter 200 Priester.¹⁵⁴

Als es auch der Roten Armee im polnisch-sowjetrussischen Krieg von 1920 nicht gelang, die Stadt einzunehmen, wurde Ostgalizien Teil der Zweiten Polnischen Republik.

7. AUSBLICK: LEMBERG IN DER ZWEITEN POLNISCHEN REPUBLIK

Der Kampf der Ukrainer verlagerte sich nach ihrer militärischen Niederlage auf das internationale Parkett. Hier hatten sie jedoch schlechte Karten. Polen war für Frankreich und England zu wichtig als »Bollwerk gegen den Kommunismus« und Gegengewicht zum Deutschen Reich. Nach dem Frieden von Riga zwischen Polen und Sowjetrussland bestanden auch keine Aussichten mehr auf einen unabhängigen ukrainischen Staat in der Ostukraine, mit der sich die Westukrainische Volksrepublik am 22. Januar 1919 vereinigt hatte.¹⁵⁵

Die Ukrainer beteiligten sich weder an der verfassunggebenden Versammlung noch an den ersten Wahlen, da sie die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen nicht anerkannten. Erst 1923 stimmten die Alliierten der Inkorporierung Ostgaliziens zu, bis dahin hatte Polen nur ein Verwaltungsmandat. Polen musste als Preis dafür weitgehende Minderheitenrechte und ein Autonomiestatut zugestehen. Beides blieb jedoch Makulatur. Weder erhielt die Provinz Sonderstatus, noch wurde in Lemberg eine ukrainische Universität eingerichtet. Die Ukrainer hatten in Polen kulturell und politisch weniger Spielraum als in der Habsburger Monarchie. Er war allerdings groß genug, sich den Polo-

152 Lev Hankevyč u.a. an den Generalkommissar der polnischen Republik in Krakau, Kazimierz Galecki, 21. 5. 1919, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1406. Aufzeichnung des Ukrainischen Bürgerkomitees Lemberg, 1. 6. 1919, CDIAL, f. 462, op. 1, spr. 249, s. 4–10.

153 Wie stark sich der ukrainische Boykott der Volkszählung 1921 schon 1920 bei der Zählung in Lemberg ausgewirkt hat, ist nicht bekannt.

154 Denkschrift über das »Vernichtungswerk der Polen« in Ostgalizien, an Clemenceau übersandt, 15. 7. 1919, *Hornykiewicz*, Bd. 4, S. 66–84.

155 *Przemysław Piotr Żurawski vel Grajewski*, *Sprawa Ukraińska na konferencji pokojowej w Paryżu w roku 1919*, Warszawa 1995, *Mrocza*, S. 181 ff.; *Kutschabsky*, S. 390 ff.

nisierungsbestrebungen effektiv widersetzen und ein eigenes Genossenschafts- und Vereinswesen unterhalten zu können.¹⁵⁶

Die Lemberger Ukrainer empfanden die polnische Dominanz weiter als drückend. Ostgalizien wurde in Wojewodschaften aufgeteilt und erhielt jetzt den neuen Namen Małopolska Wschodnia, Östliches Kleinpolen. Die polnische Politik zielte auf eine Denationalisierung der Ukrainer. Dies wirkte sich zunächst im Namen aus. »Ukrainer« und »ukrainisch« wurden in der Verwaltungssprache durch »Ruthener« und »ruthenisch« ersetzt. Als Folge der sogenannten Lex Grabski wurde die Polonisierungspolitik vorangetrieben, Bildungserwerb war eng mit dem Gebrauch der polnischen Sprache verbunden.¹⁵⁷

Die Lemberger Ukrainer wehrten sich und bildeten Untergrundorganisationen. In Verbindung mit der Ševčenko-Gesellschaft gründeten sie z.B. eine geheime ukrainische Universität mit den Fakultäten Recht, Philosophie und Medizin. 1921 studierten dort 1260 Studenten, im Jahr darauf schon 1.500. 1922 wurde bei der Universität auch eine geheime technische Hochschule mit 64 Studenten gegründet. 1925 wurde die Universität aber formell verboten und aufgelöst. Die alte Franz-Josefs-Universität wurde in Jan-Kazimierz-Universität umbenannt, alle ukrainischen Lehrstühle wurden aufgelöst. In den folgenden Jahren waren dort nie mehr als 10 % der Studenten Ukrainer. Die Mehrzahl der ukrainischen Studenten ging nach Deutschland, Österreich oder in die Tschechoslowakische Republik.¹⁵⁸

Der November 1918 wurde Teil des Gründungsmythos der zweiten polnischen Republik. Nicht von ungefähr verlieh Marschall Piłsudski am zweiten Jahrestages des Abzugs der ukrainischen Truppen Lemberg als einziger Stadt in Polen kollektiv den militärischen Orden Virtuti Militari. Damals sei man vereint siegreich gewesen, und nur die nationale Einheit garantiere auch künftige Erfolge. An wichtigen Kampfplätzen wurden Denkmäler errichtet und Gedenkplaketten angebracht, Straßen und Plätze wurden umbenannt und ein besonderer Friedhof der Verteidiger Lembergs eingerichtet. Ganz Lemberg wurde so mit polnischen Erinnerungsorten durchsetzt. Die Feiern zum Andenken an den polnischen Sieg brachten die unbewältigte Vergangenheit jährlich aufs Neue in die Tagespolitik.

Für die ukrainische Nationalbewegung war die polnische Heroisierung und Deutung des Novembers 1918 ein Affront. Aus ihrer Sicht hatten am 1. November Truppen der Westukrainischen Volksrepublik die alte ukrainische Stadt Lemberg ihrem unrechtmäßigen Besitzer, den Polen, weggenommen.

Für die jüdischen Einwohner war der November 1918 untrennbar mit der Erinnerung an den Pogrom verbunden. Der Schock war umso größer, als sich ausgerechnet im zivilisierten und kultivierten Lemberg polnische Mitbürger am Pogrom beteiligt hatten. Vor allem die jüdischen polnischen Patrioten und Assimilationsanhänger wurden danach in eine Identitätskrise gestürzt, die noch dadurch verschärft wurde, dass den Juden selbst die Schuld am Pogrom gegeben wurde.¹⁵⁹

Durch dieses scharf nach ethnokonfessioneller Zugehörigkeit differenzierte Erinnern wurde auch die Erinnerungskultur nationalisiert. Ukrainer und Juden wurden aus der dominierenden polnischen Erinnerungsgemeinschaft ausgeschlossen. Darunter litten vor allem die jüdischen Assimilationsanhänger, von denen viele in den Unabhängigkeits-

156 Vgl. *Mychajlo Švahuljak*, L'viv: vid stolyci Zachidno-ukraïns'koï deržavy do polityčnoho centru Ukraïnciv Halyčyny (1918–1939 rr.), in: L'viv. Misto, Bd. 3, S. 469–492, hier: S. 479 ff.

157 *Papierzyńska-Turek*, S. 220 ff.

158 *Muszynka*, Towarzystwo, S. 74; *Papierzyńska-Turek*, S. 261 ff.; *W. Mudry*, Uniwersytet Ukraïński we Lwowie w latach 1921–1925, Norymberga 1948.

159 Zwei Beispiele unter vielen: *Krysiak*, S. 129 ff.; *Witold Hupert*, Walki o Lwów (od 1 listopada 1918 do 1 maja 1919 roku), Warszawa 1933, S. 26 f., 93 ff.

kriegen auf polnischer Seite gekämpft hatten. Sie bemühten sich in der Zwischenkriegszeit intensiv, von der polnischen Gesellschaft als polnische Patrioten jüdischen Glaubens akzeptiert zu werden. Zionisten und Ukrainer schufen dagegen konkurrierende Erinnerungskulturen und gaben die Erfahrungen des November 1918 und des polnisch-ukrainischen Kriegs auf ihre Weise an die nächste Generation weiter.

*

Die Nationalisierung schritt zwischen 1890 und 1920 weit voran. Schon vor dem Krieg wurden die sozialen Gegensätze und ethnokonfessionellen Unterschiede auf dem Land durch gemeinsame Bemühungen ukrainischer und polnischer Nationalisten national aufgeladen. Kennzeichnend hierfür waren die Entwicklung bei den Agrarunruhen 1902/03, die von gewaltsamen Auseinandersetzungen geprägten Wahlkämpfe zu Reichstag und Landtag und die Prügeleien polnischer und ukrainischer Studenten in Lemberg, die sich in der Regel um nationale Fragen wie den Gebrauch der ukrainischen Sprache im Unterricht und in Verwaltungsakten der Universität drehten.¹⁶⁰

Eine Schlüsselrolle in der Nationalisierung spielten der Erste Weltkrieg und der nachfolgende Bürgerkrieg. Der äußere Zusammenhang von Krieg und Nationsbildung bestand darin, dass ein Territorium mit eindeutig festgelegten Grenzen erkämpft werden musste, auf dem schließlich ein Nationalstaat entstehen konnte.

Der innere Zusammenhang zwischen Krieg und Nation besteht in den Folgen des Krieges und der Kriegserfahrungen für die innere Kohärenz der potenziellen Nation. Viele Menschen gelangten erst im Krieg und vor allem im Bürgerkrieg gegen andere ethnokonfessionelle Gruppen zu einer Nationalität. Gemeinsames Schicksal, das nicht zuletzt wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe überhaupt erst gemeinsam war, stärkte den inneren Zusammenhalt und wurde ein zentraler Faktor für Nationsbildung. Dieser Vorgang kann ansatzweise auch durch Negierung der spezifischen Nationalität ausgelöst werden, etwa wenn die russischen Besatzer im Ersten Weltkrieg die Ruthenen/Ukrainer als Zweig des russischen Volkes sahen, ukrainische Schulen russifizierten, die unierte Kirche diskriminierten und die Bevölkerung für die Orthodoxie gewinnen wollten. Der Angriff auf die eigene Konfession und Sprache provozierte Widerstand und war geeignet, das »Anderssein« zu unterstreichen. Zum anderen nahmen viele Menschen in den Bürgerkriegen die eigene »Nation« überhaupt erst als handelndes Subjekt, als machtvollen Akteur auf der politischen Bühne wahr, indem sie sich selbst daran beteiligten.

Die gegenseitige Gewalterfahrung in Krieg und Bürgerkrieg wurde während der zwanziger Jahren bei Gedenkveranstaltungen in ritualisierter Form erneuert und gelegentlich durch neue Gewalt aktualisiert, was die Lösung oder Milderung der ethnokonfessionellen Konflikte erheblich erschwerte. Polen hatte zwar den Krieg um Lemberg und Ostgalizien schließlich gewonnen, doch das Zusammenleben zwischen Polen, Ukrainern und Juden war schwieriger geworden. Eine gemeinsame Aufarbeitung der Gewalterfahrungen fand nicht statt. Die unbewältigte Vergangenheit trug so den Keim künftiger Konflikte in sich.

¹⁶⁰ Vgl. *Volodymyr Kačmar*, Pytannja pro stvorennja Ukraïns'koho Universytetu u L'vovi v Avstrijs'komu parlamenti na počatku XX st., in: *L'viv. Misto*, Bd. 3, S. 421–430.